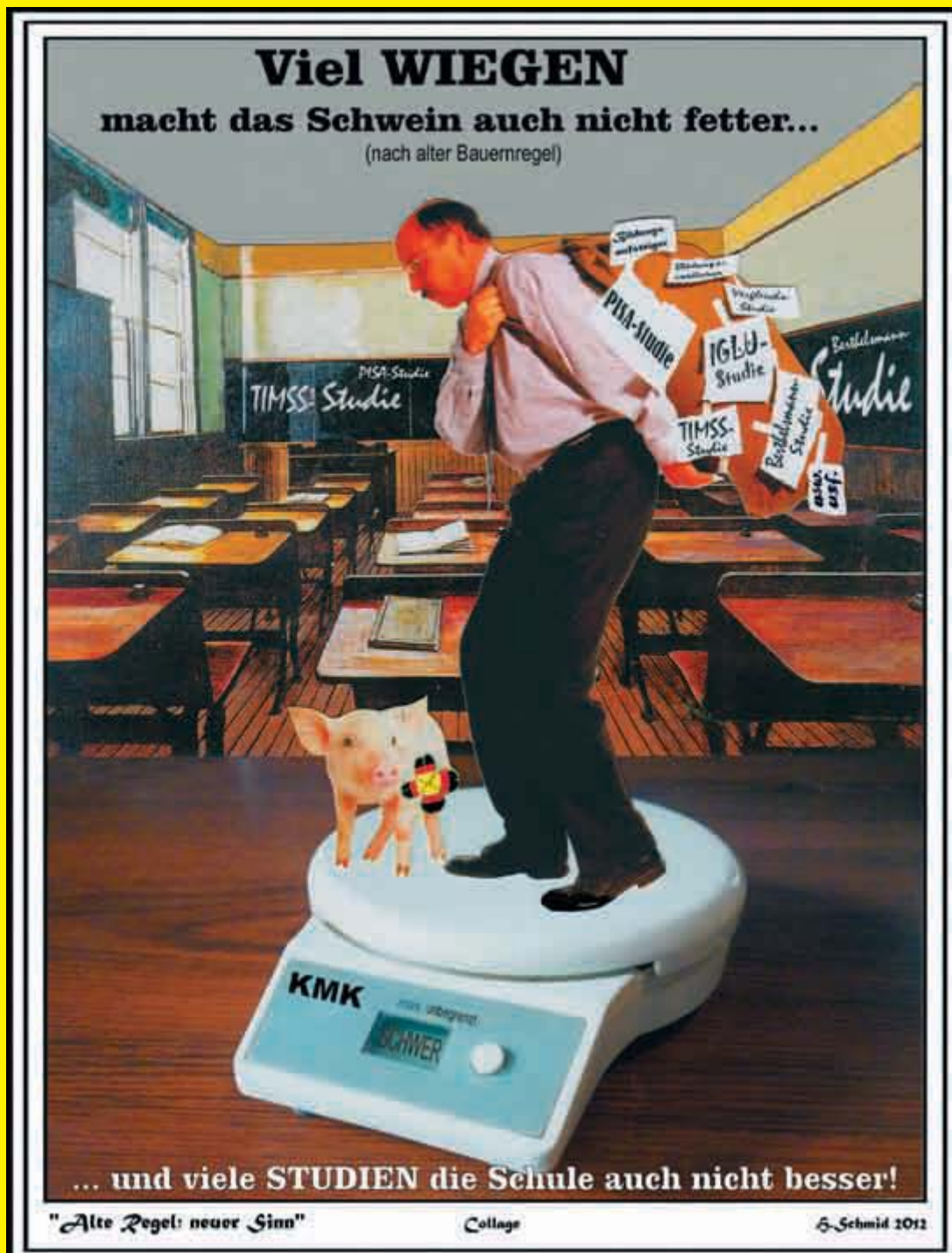


GYMNASIUM IN SACHSEN-ANHALT



- Vom vielen Wiegen wird die Sau auch nicht fetter – Zum Irrsinn der „Vergleicheritis“
- Kultusminister beschließen bundesweite Abiturstandards
- Weiterentwicklung der beruflichen Handlungskompetenzen von Berufseinsteigern – regionale Arbeitsgruppe Harz tagte



Schon ab **5,80 EUR** ^{*} / Monat
erhalten Sie einen monatlichen
Erstattungsbetrag von **1.500 EUR.**

*Beispiel (Mann, 55 Jahre alt): DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE
bei Pflegestufe III (stationär)

Das Leben ist nicht immer planbar. Eine Pflegeversicherung schon.

Die **DEUTSCHE PRIVAT PFLEGE** bietet für Pflegebedürftigkeit
die ideale Lösung. Passgenau und flexibel.

- Ohne Gesundheitsfragen
- Ohne Altersbegrenzung
- Leistung ohne Kostennachweis
- Versicherung für alle Pflegestufen
- Mit 24-Stunden-Pflegeplatzgarantie



Gleich kostenlos und unverbindlich individuellen
Beitrag ermitteln: www.mv-pflegetagegeld.de



Wir beraten Sie gerne:
Telefon: 089/5152 2353
oder info@oedmv.de

Ein starker Partner:  **MÜNCHENER VEREIN**
VERSICHERUNGSGRUPPE
Der Generationen-Versicherer



Unsere Stärke für Ihre Zukunft

Aus dem Inhalt

Verbandsarbeit - Berufspolitik - Bildungspolitik	Seite
Leitartikel <i>Vom vielen Wiegen wird die Sau auch nicht fetter</i>	2
Kultusminister beschließen bundesweite Abiturstandards	6
Fachtagung des PhVSA in Aschersleben	11
Meckerecke <i>Endlich! Die Gemeinschaftsschule kommt!</i>	12
Weiterbildung der beruflichen Handlungskompetenzen von Berufseinsteigern: eine Bestandsaufnahme <i>Regionale Arbeitsgruppe Harz tagte</i>	12
„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ <i>Fortbildung in Wendgräben für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte</i>	13
Neuer dbb bundesvorstand gewählt	15
Bundesvorstand der Oberstudiendirektoren zur Schulstruktur	17
Der berufspolitische Ausschuss informiert <i>Philologenverband Sachsen-Anhalt lehnt Stellenabbau kategorisch ab</i>	19

Wissenswertes - Interessantes - Informatives	Seite
--	-------

Wir über Schüler; Schüler über sich – Wir brauchen die Stimme aus der Schule	22
Aus der Welt der Bildung	24
Grundschüler im Süden rechnen und lesen besser	25
Latein ist kein elitäres Fach mehr	26
Lektüre-Tipp	28
Warum kleiden sich Lehrer oft so merkwürdig?	29
Die allerletzte Seite	31

Herausgeber:

Philologenverband Sachsen-Anhalt e.V. · Landesgeschäftsstelle · Sixtistraße 16a · 06217 Merseburg · Tel. 034 61 / 2035 62

Hauptredakteur und Schriftleiter:

Henry Elstermann · Sixtistraße 16a · 06217 Merseburg · Tel. 034 61 / 2035 62

Redaktionskollegium:

Iris Schrader-Bölsche (Gardelegen), Birgitt Matthies (Geschäftsstelle), Matthias Bartsch (Haldensleben)

Lektor:

Werner Kögler

Redaktionelle Beratung:

Dr. Jürgen Mannke

Künstlerische Beratung:

Hubertus Schmid

Gesamtherstellung:

DigitalStudio Merseburg · Schokholtzstraße 8 · 06217 Merseburg · Telefon: 034 61 / 771 999 · Fax: 034 61 / 771 994

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag für den Philologenverband Sachsen-Anhalt e.V. enthalten.

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit die erste PISA-Studie im Jahr 2000 der deutschen Bildungslandschaft einen Schock versetzte, jagt eine bildungspolitische Studie die nächste: TIMMS, IGLU, JAKO-O, LUST, PIAAC. Nur, was bringen all diese Leistungsvergleiche und wem nützen sie? Und vor allem: Haben sie einen Effekt? Antworten auf diese Fragen finden Sie im Leitartikel dieser Ausgabe Ihrer Verbandszeitschrift. Ein Ergebnis der vielerorts „Vergleicheritis“ genannten Studienhysterie stellt die Bemühung der Kultusminister der Länder (KMK) dar, ab dem Jahr 2017 gleichschwere Abituraufgaben in Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch zu stellen. Auch zu dieser Problematik finden Sie alle nötigen Informationen in diesem Heft. Bei allen Veränderungen in Bildungs- und Berufspolitik sollten wir jedoch nicht vergessen, dass es auch ein Leben nach der Schule gibt. Gerade zur Weihnachtszeit. Ich wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr.

Herzlichst
Ihr



i.A. der Redaktion



Dr. Jürgen Mannke
Vorsitzender des Philologenverbandes
Sachsen-Anhalt

Dieser deftige Bauernspruch verdeutlicht es drastisch: Seit dem PISA-Schock vor über zehn Jahren ist in Deutschland der Untersuchungswahn ausgebrochen: „Grenz- und schulförmüberschreitend wird seitdem evaluiert, was das Zeug hält, danach ein paar Tage lang hoch erregt über notwendige Konsequenzen diskutiert, und schließlich bleibt dann doch fast alles beim Alten.“ (Frankfurter Neue Presse, 06.10.2012)

Einen Beweis liefert Hessens Kultusministerin Nicola Beer: Seit 30 Jahren gehöre die Mathematikausbildung in Bayern zum Pflichtstoff der Grundschullehrer, in Hessen habe man dieses gerade erst eingeführt. Mathematiklehrer, die diesen Namen wirklich verdienen, werden also an den Grundschulen des Landes in den nächsten Jahren erst erwartet. Da braucht man sich wirklich nicht zu wundern, dass die hessischen Viertklässler beim Rechnen von ihren Altersgenossen in Süd, Nord, Ost und West hinterher hinken. Welche derartigen Untersuchungen gibt es noch? Der „Klassiker“ ist die weltweite PISA-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD). Des Weiteren gibt es noch die internationa-

le IGLU-Grundschulstudie und die internationale TIMSS-Untersuchung mit den Schwerpunkten Mathematik und Naturwissenschaften - sowohl für die Grundschule als auch für die achten Klassen. Allerdings haben die Kultusminister seit 2006 bei PISA und IGLU die Bundesländervergleiche gestoppt. Deutschland macht zwar bei den internationalen Studien weiter mit, aber nur noch mit einer kleineren nationalen Stichprobe, also ohne Bundesländer-Ranking. Neue IGLU- und TIMSS-Ergebnisse gibt es am 11. Dezember 2012, die neue PISA-Studie ist für Dezember 2013 terminiert.

Ob Pisa, Iglu, TIMSS oder wie die Studien noch alle heißen mögen: Wenn man mit den Ergebnissen nicht ehrlich, ideologiefrei und sorgfältig umzugehen weiß, kann sich gar nichts ändern.

Fallbeispiel eins – Die Grundschulstudie

Es ist immer wieder das gleiche Bild und zum wiederholten Male haben wir es schwarz auf weiß: Die Schülerinnen und Schüler in Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind den Gleichaltrigen im restlichen Bundesgebiet weit voraus. Schlusslicht bilden mit großem Abstand – wie immer – die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Teilweise liegen die Schüler in Berlin in ihrem Leistungsniveau nach der vierten Klasse ein ganzes Schuljahr hinter den Bayern zurück. Diesmal beschert uns der rein deutsche Grundschulvergleich im Auftrag der Kultusministerkonferenz, diese längst bekannte Tatsache. Die Ergebnisse, die wir aus den internationalen PISA-, IGLU- oder TIMSS-Tests kennen, werden dadurch letztendlich nur bestätigt. Auch dieser Test hinterlässt Ratlosigkeit und wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet.

Für den Leistungsvergleich der Grundschulen hat das Berliner Ins-

titut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) 2011 an insgesamt 1.300 Grund- und Förderschulen in 16 Bundesländern 27.000 Schüler der vierten Klasse getestet. Sie erhielten Aufgaben, die sich an den KMK-Bildungsstandards maßen. Die Kultusminister hatten sich auf fünf Kompetenzstufen geeinigt. Stufe 3 bedeutet den Regelstandard, also das, was von Schülern erwartet werden kann. Hier gilt der Standard als erreicht. Die Stufen 1 und 2 sind unterdurchschnittlich, die Stufen 4 und 5 liegen darüber. Beim Lesen zum Beispiel bedeutet der Regelstandard, Informationen in einem Text zu erkennen und den Text als Ganzes zu erfassen – um zum Beispiel einfache Fragen zum Inhalt eines Märchens zu beantworten. Die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin liegen wieder einmal in allen Bereichen in der Schlussgruppe. Zum Beispiel verfehlten in Bremen und Berlin über 20 Prozent der Kinder die Mindeststandards im Lesen. Ihr Übergang in die nächsthöhere Schulstufe ist gefährdet. Die „Berliner Zeitung“ fragt denn auch am 6.10.2012: „Warum aber schneiden gerade die Stadtstaaten so schlecht ab? Kinder von Ungelernten und Ausländern gibt es doch auch in anderen Großstädten oder in Bayern, das beim Lesen und in Mathe bundesweit den Platz 1 belegte. Genaue Antworten darauf haben die Forscher auch dieses Mal nicht gefunden. Und keiner ließ sich zu klaren Thesen bewegen... Professor Hans Anand Pant, Direktor des Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), erklärte, dass man zur Messung der sozialen Herkunft sieben Stufen nach Berufen definiert habe. Auf Stufe 1 stehen unter anderem Kinder von Professoren, Beamten oder Juristen, auf Stufe 7 Kinder ungelerner Arbeiter. Zwischen diesen beiden Gruppen herrschen bundesweit Leistungsunterschiede von etwa einem Schuljahr. Und das

Verblüffende: Im Siegerland Bayern sind sie sogar noch größer. Wie ist dennoch der Erfolg des Landes zu erklären? Bayern gelinge es bundesweit am besten, Kinder, die ohnehin aus begünstigten Elternhäusern kommen, auch noch zu besonders guten Leistungen zu führen, sagt IQB-Direktor Pant. Dagegen schafften es die drei Stadtstaaten weder, benachteiligte Kinder ausreichend zu fördern, noch genügend Kinder aus guten Elternhäusern auf das bundesweite Durchschnittsniveau zu bringen.“ Es bleibt auch nach dieser Studie ein Rätsel, weshalb die Unterschiede noch immer so groß sind, trotz der Bildungsreformen, die ja in allen Ländern stattgefunden haben. Auch die Stadtstaaten betreiben Sprachförderung, gründeten Ganztags- und Sekundarschulen. Wenn es keine zufriedenstellenden Antworten gibt, wozu sind dann solche teuren Tests notwendig, mag sich mancher Kritiker fragen. Wohl zurecht. Die Frage „Was passiert mit den Ergebnissen der Studie?“ führt zu einem ähnlich unbefriedigten Resultat. Sämtliche Angaben der Beteiligten in den Tests und Fragebögen werden anonym verarbeitet. Weder Lehrkräfte, sonstiges pädagogisches Personal noch die Eltern werden Einblick in die Antworten erhalten.

Außer Spesen nichts gewesen? Einige Ansatzpunkte gibt die Studie dennoch. So ergab eine Lehrerbefragung im Rahmen der Studie, dass sich Lehrkräfte ganz gezielt Fortbildungen wünschen, und zwar zu den Problemen, die in der Studie im Mittelpunkt stehen: zur Förderung lernschwacher Schüler, zum Umgang mit verschiedenen Voraussetzungen und zur Integration von Schülern mit sonderpädagogischem Bedarf. Gerade hier sind die Bildungsangebote schwach. Das haben wir allerdings auch schon ohne die Studie gewusst.

Birgit Kelle von „the european“ meint auch, dass solche Vergleiche nur dann sinnvoll sind, wenn man

Konsequenzen daraus ableitet. Aber genau daran fehlt es. Die Schule schafft es kaum, den Bildungshintergrund der Eltern auszugleichen, konstatiert die Journalistin: „Besonders schwierig wird es bei Kindern, deren beide Eltern einen Migrationshintergrund vorweisen. Das Sprechen der deutschen Sprache – gerade auch zu Hause – ist also wichtig für den Bildungserfolg der nachfolgenden Generationen. Es rächt sich bis heute, dass wir jahrzehntelang versäumt haben, darauf zu bestehen, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, auch unsere Sprache sprechen lernen müssen.“

An dieser Stelle gibt es nur zwei mögliche Konsequenzen: Man kann die Schulen weiter stärken und unterstützen, was seit Jahrzehnten intensiv, aber weitgehend erfolglos versucht wird – oder man macht das gleiche mit den Elternhäusern, in denen es nötig wäre. Den zweiten Punkt habe ich noch nirgendwo als offizielles Konzept gehört. Es ist das ewige Mantra, dass Schule und nur Schule den sozialen Hintergrund ausgleichen soll und muss – nach wie vor konnte es fast nirgendwo gelingen. Auch hier jedoch am ehesten in den Ländern, die sowieso Spitzenreiter in Sachen Bildung sind.

Es stellt sich die Frage, ob Schule jemals in der Lage sein wird, diese Unterschiede, die sich aus Herkunft, aber auch angeborenem Talent ergeben haben, auszugleichen. Wenn das Elternhaus aber doch so wichtig ist für den Lernerfolg, warum arbeitet unser Staat so massiv daran, Bildung noch weiter aus dem Elternhaus in die Krippen, Kitas, Kindergärten und Ganztagschulen zu verlagern? Warum arbeiten wir nicht daran, dass Bildung zu Hause viel wichtiger und ernster genommen wird?

Parallel stellt sich die Aufgabe, wie wir auf dem Weg, dass „kein Kind zurückgelassen werden darf“, nicht

als bösen Nebeneffekt zusätzlich verhindern, dass besonders Begabte vorneweg marschieren. Worte wie „Leistung“ oder gar „Elite“ sind in zahlreichen Bundesländern, die auf Gesamtschulen und längeres gemeinsames Lernen setzen, nicht gern gesehen. Eine Förderung der besonders Guten würde ja die Kluft zu den eher Schwächeren noch weiter auf tun. Ein grauenhafter Gedanke für all die Einheitsschulverfechter, die am liebsten alle Kinder von der ersten Klasse bis zum Schluss unter einem Dach unterrichten würden und an der Auflösung eines mehrgliedrigen Schulsystems arbeiten. Wer aber auf ein Mittelmaß und auf Nivellierung der Leistung als Erfolg setzt, hat gar kein Interesse daran, dass manche besser sind als andere. Niemand käme auf den Gedanken, im Sport auf einen Leistungsvergleich zu verzichten, oder es als Erfolg zu feiern, dass beim Hürdenlauf alle gleichzeitig die Zielinie überqueren – warum also in der Schule? Und besser sind auf jeden Fall diejenigen Kinder, wo die Eltern an der Leistung ihrer Kinder Interesse zeigen. Wo die Eltern engagiert sind und auch die Zeit haben, sich um die schulischen Leistungen ihrer Kinder zu kümmern. Die sogenannten bildungsnahen Haushalte. Manchmal auch, wenn sie das Geld dazu haben – die boomende Nachhilfe-Industrie spricht Bände und wirft ein weiteres schlechtes Bild auf die Effizienz der Schulen in Sachen Bildungsvermittlung.“

Es ist schon merkwürdig, dass man seit Jahren weiß, dass der Süden Deutschlands schulisch einfach bessere Leistungen vorweist, aber dennoch der einfache Schluss nicht gezogen wird, sich diese Erfolgsrezepte anzusehen oder gar zu kopieren.

Das Erfolgsrezept mancher Länder besteht darin, dass dort einfach mehr Unterricht und mehr Förderstunden stattfinden als in anderen Bundesländern. Teilweise haben



Wirklich blöd, wenn immer die gleichen gewinnen.

GEW-Bundesvorsitzende Marianne Demmer (Quelle: www.unesco.de)

Grundschüler in Bayern mehrere hundert Stunden mehr Unterricht in ihrer vierjährigen Laufbahn als in anderen Bundesländern.

Kritisch nimmt Birgit Kelle auch die Erklärungen der GEW unter die Lupe. Als Reaktion auf die neuen Studienergebnisse forderte die stellvertretende Bundesvorsitzende der GEW, Marianne Demmer, nicht nur mehr Personal, sondern stellt die Sinnhaftigkeit solcher Tests in Frage. So lamentiert sie: „Welchen Sinn hat es, wenn die Vergleiche immer wieder zeigen, dass dieselben Bundesländer an der Spitze stehen und dieselben Länder am Ende? Aber auch gut zehn Jahre nach dem PISA-Schock niemand sagen kann, warum das so ist! Völlig unerforscht ist auch, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Qualität der Lernprozesse zu verbessern. Ja wirklich blöd, wenn immer die gleichen gewinnen.“ Nun Frau Demmer, es wäre ja ganz einfach, wenn sich alle Kollegen einmal anschauen, was in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen oder auch Sachsen anders gemacht wird und wenn man es dann auch in den anderen Bundesländern umsetzt. Stattdessen

wird gerade in Berlin lieber experimentiert. Frühere Einschulung der Kinder, Grundschule bis zur sechsten Klasse, jahrgangsübergreifender Unterricht – was hat man nicht alles versucht, anstatt sich einmal dort umzusehen, wo es seit Jahrzehnten funktioniert? Man kann sagen, dass gerade die Stadtstaaten mit ihren Bildungsexperimenten komplett gescheitert sind...

Abschaffen, was gescheitert ist und kopieren was sich bewährt hat – die Lösung wäre sehr einfach, wenn man sie denn will. Doch solange Bildung Ländersache bleibt, wird sich daran nichts ändern.

Fallbeispiel zwei: Studie zur Durchlässigkeit im Bildungswesen

„Für Schüler geht's öfter runter als rauf: Auf einen Aufsteiger kommen zwei Absteiger. Auf einen Schulaufsteiger kommen in Deutschland mehr als zwei Absteiger. Dies geht aus einer aktuellen Studie der BertelsmannStiftung zur Durchlässigkeit der Schulsysteme hervor. Demnach wurden im Schuljahr 2010/11 rund 50.000 Schüler zwischen Klasse fünf und Klasse zehn auf eine niedrigere Schulform herabgestuft. Das bedeutet, aus durchschnittlich jeder zweiten Realschul- und Gymnasialklasse wurde ein Schüler abgeschult. Lediglich rund 23.000 Schülern gelang ein Aufstieg. Die Aufstiegschancen und der Anteil der Schulformwechsler unterscheiden sich für die einzelnen Bundesländer erheblich, jedoch lässt sich allein von der Struktur eines Schulsystems nicht eindeutig auf dessen Durchlässigkeit schließen“, resümiert die Autorin der Studie, Professorin Gabriele Bellenberg, Bildungsforscherin an der Ruhr-Universität Bochum. „Wechseln in Baden-Württemberg in der Sekundarstufe I – also zwischen der fünf-

ten und zehnten Klasse – nur jährlich 1,3 Prozent der Schüler die Schulform, sind es in Bremen 6,1 Prozent.“ (*Bildungsspiegel*, 01.11.2012)

Auch hier drängt sich wieder die gleiche Frage auf, allerdings in verschärfter Form: Was soll uns diese Studie sagen? Das „Ergebnis“ erscheint dem kundigen Pädagogen wie eine Binsenweisheit. War es nicht immer schon so, dass Schülerinnen und Schüler während ihrer Schulzeit die Schulform wechseln? Plädiert Bertelsmann mit dieser Studie für das gemeinsame längere Lernen von Klasse eins bis 13 in der Einheitsschule? Glaubt Jörg Dräger, angeblicher Bildungsexperte und Vorstandsmitglied der BertelsmannStiftung wirklich an den Humbug, den er da verbreitet, wenn er als Fazit zur Studie feststellt, dass man „auf Abschlüssen und Klassenwiederholungen [...] weitgehend verzichten“ kann?

Während die Grundschulvergleichsstudie noch seriös und schulnah erscheint, kritisieren die Lehrerverbände im Deutschen Beamtenbund die so genannte Bertelsmann-Studie aufs Schärfste:

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die jüngste Bildungsstudie der BertelsmannStiftung als „höchst tendenziös und völlig wertlos“ attackiert und die Kultusminister der 16 deutschen Länder aufgefordert, eigene Erhebungen vorzulegen und sich nicht von höchst einseitigen Statistiken privater Stiftungen beeindrucken zu lassen. Der Verband kritisiert auch, dass Bertelsmann diese Studie von Leuten hat erstellen lassen, die mit der Gemeinschaftsschule dezidiert die Ideologie der Einheitsschule vertreten. Dies gilt insbesondere für die Leiterin der Studie, Professorin Gabriele Bellenberg. Nach Einschätzung des DL gefalle sich die Bertelsmann-Stiftung offenbar in Krisenszenarien, wenn sie jetzt von deutschland-

weit 50.000 Bildungsabsteigern und 23.000 Bildungsaufsteigern spreche. Damit aber ignoriere die Stiftung, so DL-Präsident Josef Kraus, in skandalöser Weise, dass es laut Statistischem Bundesamt zuletzt in Deutschland (Stand: 2011) neben 324.711 Studierberechtigten aus allgemein bildenden Schulen über 181.319 Studierberechtigte gab, die ihre allgemeine bzw. fachgebundene oder ihre Fachhochschulreife über die beruflichen Schulen erwarben. Diese Möglichkeiten der vertikalen und sozialen Durchlässigkeit im deutschen Bildungswesen seien weltweit einmalig, sie passten offenbar aber nicht in das bildungspolitische Gedankengebäude von Bertelsmann. DL-Präsident Kraus attackiert die BertelsmannStiftung auch wegen der Doppelbödigkeit ihrer Politik. Kraus wörtlich: „Hinter der sich bildungsbeflissen gebenden BertelsmannStiftung steht ein Konzern, der sich als Hauptanteils-eigner bestimmter privater Fernsehsender nicht gerade als Förderer von Bildung profiliert.“

Ähnlich scharf geht der Philologenverband von Rheinland-Pfalz mit der Studie ins Gericht, gleichwohl als Repräsentant aller 16 Landesverbände in dieser Sache:

„Welchen Sinn macht eine Studie zum ‚Schulformwechsel in Deutschland‘, wenn die Bertelsmänner als Auftraggeber und Verfasser selbst zugeben müssen, dass der Aussagewert der Studie nur begrenzt sei, da das Schulsystem in Deutschland sich im Umbau zur Zweigliedrigkeit befände? Es sei denn, man benutzt diese sogenannte Bildungsstudie, um seine eigenen bildungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen“, kritisierte Malte Blümke, Landesvorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz, den wiederholten Versuch des Bertelsmann-Konzerns zur einseitigen Beeinflussung der Öffentlich-



„Höchst tendenziös und völlig wertlos“
DL-Präsident Josef Kraus

keit. Die Bertelsmänner kommen in ihrer Studie zum Schluss, dass es in Deutschland mit 23.000 Aufsteigern und 50.000 Absteigern doppelt so viele Absteiger wie Aufsteiger gebe und dass deshalb das deutsche Schulwesen zu einem integrativen Schulsystem mit individueller Förderung ohne Sitzenbleiben umgebaut werden müsse.

Die Studie weist zahlreiche methodische Fehler und Widersprüche auf, denn sie untersucht nur den Schulformwechsel in den Jahrgangsstufen fünf bis zehn. Dagegen wird der vertikale Aufstieg von 181.000 Bildungsaufsteigern völlig ausgeblendet. Dieser vertikale Aufstieg führt in der Regel vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife und die Fachhochschulreife bis zur allgemeinen Hochschulreife, meist über die beruflichen Schulen. Allein in Rheinland-Pfalz erwerben heute fast 50 Prozent eines Schülerjahrgangs die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife.

Die Auf- und Abstiege innerhalb der Gesamtschulen werden ebenfalls nicht untersucht, obwohl bekannt ist, dass rund ein Drittel der Schüler in Gesamtschulen im Laufe ihrer Schullaufbahn abgestuft werden. Aber diese Ergebnisse würden ja

nicht in das vorgefertigte Bild passen. Und schließlich wurden die Grundschulempfehlungen für die weiterführenden Schularten nicht ausgewertet. „Aber gerade diese Daten sind wichtig, wenn man den sogenannten Schulabstieg untersuchen will. Wenn ein Schüler ohne Gymnasialempfehlung auf dem Gymnasium später scheitert, dann liegt dies doch nicht an der mangelnden Förderung am Gymnasium, sondern an der falschen Schullaufbahnwahl durch die Eltern“, erklärte der Vorsitzende des Philologenverbandes. Logischerweise ist Bayern – und das fällt den Verfassern der Studie sichtlich schwer auszusprechen – das einzige Bundesland mit mehr Aufsteigern als Absteigern, „weil es klare Eignungskriterien beim Übergang auf die Realschulen und Gymnasien vorweisen kann“, so Blümke.

Bertelsmann sollte lieber seine enormen Stiftungsgelder in die Analyse der Auswirkungen seiner privaten Fernsehprogramme stecken und daraus die notwendigen Schlüsse ziehen. Denn gute Bildungsprogramme sehen anders aus“, stellte der Philologenverbandsvorsitzende von Rheinland-Pfalz abschließend fest.



International Association
for the Evaluation of
Educational Achievement



BertelsmannStiftung

Kultusminister beschließen bundesweite Abiturstandards

In der Presse wurde es gebührend gefeiert: Deutschland auf dem Weg zu einem gemeinsamen Abitur! Aber beim genaueren Hinsehen erkennt man sehr schnell, dass es sich nicht etwa um ein zentrales deutschlandweit einheitliches schriftliches Abitur handelt, sondern dass lediglich die bereits vor 6 Jahren vom damaligen Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Jan-Hendrik Olbertz, entstandene Idee von der Aufgabensammlung in so genannten Pools unter Beachtung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen der KMK (EPA) weiterentwickelt wurde. Die Berichterstattung in den Medien lässt diesen Schluss indes nur bedingt zu:



Hatte schon 2006 die Idee von gemeinsamen Prüfungsaufgaben:
Sachsen-Anhalts Kultusminister a.D. Jan-Hendrik Olbertz (parteilos)

Der Weg für bundesweit einheitliche Abiturstandards ab dem Jahr 2017 ist frei. Die Kultusminister der Länder haben sich nach dpa-Informationen am Donnerstag in Hamburg auf einheitliche Leistungsanforderungen in vier Kernfächern geeinigt. Demnach sollen in Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch erstmals 2017 überall gleich schwere Abituraufgaben gestellt werden. Nach dpa-Information kam der Beschluss in großer Einigkeit zustande.

„Wichtig und richtungsweisend“
„Ich glaube, dass es eine wichtige und richtungsweisende Weichenstellung für Deutschland ist“, hatte der niedersächsische Kultusmi-

nister Bernd Althusmann (CDU) der Nachrichtenagentur dpa vor den abschließenden Beratungen gesagt. Die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) erklärte, es gehe darum, Verbindlichkeit und Gleichwertigkeit zu regeln, aber eben nicht um ein Einheitsabitur in Deutschland.

Niedersachsen will zusammen mit fünf weiteren Ländern, darunter Hamburg, schon 2014 gemeinsame Prüfungen einführen. Die jahrelangen Diskussionen seien sehr zäh gewesen, so die Begründung für das zeitliche Vorpreschen. Am Freitag soll im Hamburger Rathaus präsentiert werden, wie die einheitlichen Leistungsanforderungen im Detail aussehen.

Konkretisierung erfolgt

Nachdem sich die Minister bereits im März auf Bewertungskriterien geeinigt hatten, ging es nun um deren Konkretisierung. Dafür bestätigte die Kultusministerkonferenz (KMK) die vom Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erarbeiteten Kriterien. Diese beschreiben, was ein Schüler am Ende der gymnasialen Oberstufe können soll.

„Es ist nicht das Zentralabitur, aber es bietet die Möglichkeit, die Hochschulreife mit Blick auf ganz Deutschland vergleichbarer zu machen und die Diskussion über die angeblichen Unterschiede in den Abiturprüfungen damit einem Ende zuzuführen“, beschrieb Althusmann die Erwartungen an die einheitlichen Leistungsanforderungen. Zudem würden Gymnasiasten durch gleiche Anforderungen in der Oberstufe leichter von einem Bundesland ins andere wechseln können.

Sechs Länder preschen vor

Die bundesweite Einführung der gemeinsamen Bildungsstandards ist für das Schuljahr 2014/2015 geplant. In den vier Kernfächern müssen die Schüler dann 2017 erstmals überall gleich schwere Abituraufgaben lösen. Sechs Ländern geht dieser Zeitplan aber nicht schnell genug. Daher wollen laut Althusmann Nie-

dersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern schon 2014 mit gemeinsamen Abiturprüfungen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch beginnen.

Zudem wurde am Rande der KMK mitgeteilt, dass Bund und Länder mit einer gemeinsamen Initiative das Sprach- und Lesevermögen von Kindern mit Migrationshintergrund fördern wollen. Ziel des auf fünf Jahre angelegten Programms sei es, dass alle Kinder eine noch bessere individuelle Sprach- und Leseförderung in den Kitas und Schulen erhalten. Die Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift“ (BISS) soll im Herbst 2013 starten. Dabei sollen auch bestehende Angebote auf ihre Wirksamkeit und Effizienz hin überprüft und weiterentwickelt werden.

Der Deutsche Philologenverband sieht diesen Beschluss naturgemäß differenzierter. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Dr. Jürgen Manke, betonte in der mdr-aktuell-Sendung vom 19.10.2012, dass es problematisch sei, das Bildungsgefälle zwischen den süd- und norddeutschen Staaten zu kompensieren und schon aus diesem Grunde bestehe die Gefahr einer Nivellierung des Abiturniveaus. Der Bundesvorsitzende des Philologenverbandes wertet die Abitur-Bildungsstandards als einen ersten kleinen Schritt. Heinz-Peter Meidinger konstatiert: „Von einer umfassenden Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen sind wir noch weit entfernt!“

In der Presseerklärung heißt es dazu: Als einen wichtigen, aber noch relativ kleinen Schritt hin zu mehr Vergleichbarkeit bei den Abiturprüfungen hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes die Verabschiedung der Bildungsstandards für das Abitur in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch durch die Kultusministerkonferenz bezeichnet, auch wenn sich sein Verband in einzelnen Bereichen präzisere Regelungen hätte vorstellen können.

Er verwies darauf, dass es eine langjährige Forderung des DPhV gewe-

sen sei, dass die Bildungsstandards für die Primarstufe und für den mittleren Bildungsabschluss durch entsprechende Vereinbarungen für das Abitur ergänzt werden müssten.

„In Zeiten, da Unterschiede von Hundertstelnoten beim Abiturdurchschnitt entscheidend für die Zulassung zu Studiengängen sein können, kommt es mehr denn je auf eine echte Vergleichbarkeit von Abiturprüfungen in Deutschland an. Ich erinnere daran, dass wir bereits bisher Vereinbarungen zu einheitlichen Prüfungsanforderungen im Abitur hatten, die allerdings in nicht wenigen Bundesländern unterlaufen wurden. Das darf bei den Bildungsstandards und dem noch zu erarbeitenden Aufgabenpool nicht passieren!“, betonte der Verbandsvorsitzende.

Es gelte jetzt, die Bildungsstandards auch in den Lehrplänen und curricularen Vorgaben in allen Bundesländern zu verankern und Aufgabenpools zu erarbeiten, die tatsächlich garantieren, dass gleiche inhaltliche Anforderungen und Kompetenzniveaus gewährleistet seien.



„Die Schüler müssen die Chance haben, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen.“

DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger

Meidinger machte darauf aufmerksam, dass es noch ein weiter Weg zu einer umfassenden Gleichwertigkeit der Abiturprüfungen in Deutschland sei: „Die Vereinbarung zu den Bildungsstandards in diesen vier Kernbereichen greift noch zu kurz, solange man in vielen Bundeslän-

dern diesen Fächern in der schriftlichen Abiturprüfung immer noch ausweichen kann, solange es Bundesländer mit einem Grund- und Leistungskurssystem gibt und welche ohne, solange auch weiterhin für die meisten Abiturprüfungsfächer keine Bildungsstandards existieren und solange sogar ein Bundesland nicht einmal über ein Landeszentralabitur verfügt.“

Er begrüße es deshalb, dass sich einige Bundesländer jetzt auf den Weg machten, jenseits der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz schneller zu mehr Vergleichbarkeit im Abitur zu kommen. Auf der anderen Seite plädierte der Verbandschef aber dafür, bei der Umsetzung der Bildungsstandards in den Bundesländern konsequent, aber auch mit Sorgfalt und Gründlichkeit vorzugehen.

„Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir die Schulen und insbesondere die Lehrkräfte mitnehmen. Auch die Schüler müssen die Chance haben, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen!“, so Meidinger.

Er äußerte die Erwartung, dass möglichst bald auch Bildungsstandards für weitere Abiturfächer erarbeitet und verabschiedet werden.

Skeptisch zeigte sich Meidinger hinsichtlich der Forderung nach einem zur gleichen Zeit in ganz Deutschland geschriebenen Bundeszentralabitur. Zum einen setze dies wie in Italien und Frankreich eine bundesweite Vereinheitlichung von Ferienzeiten voraus, zum anderen heiße Bundeszentralabitur noch lange nicht, dass auch die Korrektur nach einem einheitlichen Maßstab erfolge.

Macht Hamburg Nägel mit Köpfen?

Der Fahrplan zum neuen Hamburger Abitur ~ Erstmals legt Schulsenator Ties Rabe alle Fakten zur reformierten Reifeprüfung vor: Von 2014 an werden mit fünf anderen Ländern die Aufgaben erarbeitet. Sogar die Daten für 2014 stehen schon fest.

Bei dem Hamburger Abitur ändert sich von 2014 an Grundlegendes:

Gemeinsam mit fünf anderen Bundesländern werden die – teilweise sogar identischen – Aufgabenstellungen erarbeitet. Und weil es zu diesen inhaltlichen Überschneidungen kommt, werden die Prüfungen auch an denselben Tagen im Mai absolviert werden müssen. Mit Rabe sprach Insa Gall.

Die Welt: Sie haben mit Ihren Länderkollegen vereinbart, dass Hamburg schon vorab in das bundesweit vergleichbare Abitur startet. Wie wird das Abitur 2014 für die Hamburger aussehen?

Ties Rabe: Wir starten im Schuljahr 2013/14. Es wird wie bisher zentrale Aufgabenstellungen in Deutsch, Mathematik und Englisch geben, aber in diesen drei Fächern werden wir erstmals einige gemeinsame Prüfungsaufgaben mit Bayern, Sachsen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern haben.

Die Welt: Haben die Prüfungen einen ähnlichen Schwierigkeitsgrad oder sind sie gleich?

Rabe: In Deutsch wird in diesen sechs Ländern eine von drei Aufgaben, die den Schülern zur Wahl stehen, identisch sein. In Mathe gibt es für alle Schüler einen gemeinsamen Aufgabenteil aus dem Bereich des mathematischen Basiswissens, der etwa ein Viertel der Abiturprüfung in diesem Fach ausmacht. Auch in Englisch werden alle Schüler in den sechs Bundesländern einen gemeinsamen Aufgabenteil zu lösen haben.

Die Welt: Gleiche Aufgaben setzen aber auch gleiche Termine voraus.

Rabe: Das stimmt, und vor einem halben Jahr hätte ich selbst nicht geglaubt, dass wir uns darauf einigen könnten. Aber es ist gelungen: Wir werden die Abiturtermine in diesen sechs Bundesländern zwischen Garmisch-Partenkirchen und Flensburg auf die gleichen Tage im Mai legen. 2014 schreiben die Schüler am 6. Mai das Abitur in Deutsch, am 9. Mai in Englisch und am 13. Mai in Mathematik. Das ist insofern bemerkenswert, weil die Länder bisher sehr energisch auf ihre eigene

Schultaktung mit unterschiedlichen Ferienzeiten geachtet haben.

Die Welt: Die Abiturprüfungen in Hamburg fanden bisher sehr viel früher statt.

Rabe: Das wollten wir in Hamburg ohnehin ändern. In diesem Jahr haben die Abiturienten im Januar die schriftlichen Prüfungen geschrieben, da haben sie gerade einmal eineinhalb Jahre Zeit in der Oberstufe hinter sich. Das ist viel zu früh.

Die Welt: Wie müssen sich die Hamburger Schulen auf das neue Abitur einstellen?

Rabe: Alle Schulen haben schon



„Gemeinsame Abituraufgaben einzuführen war ein kraftvoller Schritt.“

Ties Rabe (Hamburger Schulsenator und derzeit KMK-Vorsitzender)

Hefte bekommen, in denen die zu prüfenden Themengebiete genau dargestellt sind, damit sich nicht eine Klasse ausführlich mit Franz Kafka beschäftigt, am Ende aber das Abitur über Goethe schreiben muss. Zweitens wird im ersten Halbjahr der zwölften Klasse verpflichtend eine Übungsklausur in den drei Kernfächern Deutsch, Mathe und Englisch geschrieben. Diese enthält bereits gemeinsame Aufgaben aller Länder, damit alle sicher sein können, dass wir uns hier auf dem richtigen Weg befinden. Fachgruppen, an denen Mitarbeiter aus Hamburg maßgeblich beteiligt sind, konzipieren diese Aufgaben.

Die Welt: Wie muss sich die Profileroberstufe bis 2014 verändern, wenn das Zentralabitur kommt?

Rabe: Sehr wenig. In Hamburg wird 2014 in fast allen Fächern, also zum Beispiel auch in Biologie, Physik,

Geschichte und Politik, ein hamburgweites Zentralabitur geschrieben. Wir haben den Schulen angeboten, diesen Zeitpunkt auf Antrag um bis zu zwei Jahre zu verschieben, wenn sie es nicht rechtzeitig schaffen, den Unterricht umzustellen. Vorher gab es ja viele Klagen darüber, dass das Zentralabitur sich nicht mit der Profileroberstufe verbinden lasse.

Doch jetzt zeigt sich, dass nur eine Handvoll der mehr als 60 Hamburger Gymnasien für sehr wenige Fächer eine Ausnahme beantragt hat. Vier Gymnasien haben wir diese Möglichkeit eröffnet. An dieser Zahl merkt man schnell, dass es den Schulen offensichtlich gut gelingt, das Zentralabitur in das Profil einzubinden.

Die Welt: Sehr umstritten war im Vorfeld auch die Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS), deren Einführung mit einiger Spannung erwartet wurde. Wie fällt Ihr eigenes Urteil nach drei Monaten aus?

Rabe: Ich bin sehr zufrieden, weil die Akzeptanz der Eltern außerordentlich hoch ist. Im Moment haben wir fast 60 Prozent Anmeldungen an den Schulen, die sich schon jetzt an dem Angebot beteiligen – und das in der Startphase. Das zeigt, dass die Eltern und Kinder das gut finden, was wir machen. Besonders bemerkenswert ist auch der ungeheure Arbeitseinsatz der Schulleitungen und Kollegien, denn die Einführung ist knifflig, da müssen Gespräche geführt werden mit den Eltern und Trägern, den Institutionen im Stadtteil, Schulbau, Caterern. Das klappt gut.

Die Welt: Also gibt es keine Probleme?

Rabe: Doch, dauernd und überall. An der einen Schule läuft der Fettabscheider nicht, an der anderen konnte die Kantine nicht errichtet werden, manchmal fehlen Wasseranschlüsse, um Geschirr spülen zu können, manchmal gibt es Konflikte um die Nutzung der Turnhalle und so weiter. Aber solche Schwierigkeiten sind in der Anlaufphase normal. Generelle Probleme, die uns besorgt machen müssten, sehe ich nicht.

Die Welt: Welche Folgerungen müssen Sie aus dem schlechten

Abschneiden Hamburgs bei der Grundschulstudie ziehen?

Rabe: Jedes Mal, wenn eine Bildungsstudie vorgestellt wird, beginnen wilde Spekulationen über die Gründe für das Hamburger Abschneiden. Doch die Wissenschaft gibt wieder einmal sehr wenig konkrete Hinweise auf die Ursachen. Ich muss offen sagen: Ich finde es zunehmend ärgerlich, dass den beteiligten Ministern überhaupt keine Hinweise gegeben werden, was man eigentlich verbessern sollte. Die Wissenschaft müsste sich sorgfältiger mit den Ursachen beschäftigen.

Die Welt: Dann müsste man dies bei der Wissenschaft in Auftrag geben.

Rabe: In der Tat. Darüber sind wir im Gespräch. Allerdings stellt sich das als gar nicht so einfach dar: Man müsste einzelne Schülergruppen miteinander vergleichen und den sozialen Hintergrund stärker beleuchten. Das ist offensichtlich ein so unübersichtliches und schwieriges Feld, dass sich auch die Wissenschaft mit großer Vorsicht der Ursachenforschung nähert.

Die Welt: Die Autoren der Studie finden es problematisch, dass nur jeder zweite Lehrer, der in einer Hamburger Grundschule Mathe unterrichtet, auch Mathe studiert hat. Wird sich das ändern?

Rabe: Da wird es keinen Schnellschuss geben. Noch vor wenigen Jahren haben uns Wissenschaftler gesagt, an den Grundschulen müssten die Lehrer pädagogisch sehr gut ausgebildet sein, aber eine besondere Fachlichkeit sei nicht notwendig. Als Ideal galten Allround-Lehrer ohne besondere fachliche Schwerpunkte, die es schafften, die Kinder als Lernbegleiter zum Erfolg zu führen. Viele Bundesländer haben ihre Ausbildung darauf eingestellt, die Pädagogik gestärkt, aber die Fachlichkeit etwas zurückgenommen. Kaum haben wir uns auf den Weg gemacht, kommen jetzt andere Forscher und sagen, wir brauchen eine besondere Fachlichkeit, und es müsse ein Ende haben mit dem Einsatz von fachfremden Lehrern. Ich sage Ihnen offen: Ich habe von diesem Hin und Her langsam die Nase voll. Wir schauen uns jetzt jede Schule genau an. Sollten

Grundschulen ohne einen voll ausgebildeten Mathelehrer sein, werden wir dies ändern. Aber wir werden nicht das Klassenlehrerprinzip und die neu eingeführten Arbeitsformen umwerfen, nur weil die Wissenschaftler sich nicht einig sind. Wir werden gelassen an diese Frage herangehen und die Frage auf einer wissenschaftlichen Konferenz erörtern, die ich einberufen habe. [...]
Die Welt: Im Dezember endet Ihre

KMK-Präsidentschaft. Welche Bilanz ziehen Sie persönlich?
Rabe: Am Anfang hatte ich großes Herzklopfen. Jetzt macht es richtig Spaß und ich finde es schade, dass die Präsidentschaft zu Ende geht. Ich bin aber außerordentlich zufrieden. Wir haben Dinge vorangebracht, die auch bundesweit Aufmerksamkeit erregt haben: Die Verabredung, gleich schwere Abituraufgaben einzuführen, war

schon ein kraftvoller Schritt. Das mit der Bundesregierung jetzt vereinbarte Programm zur Verbesserung der Sprachförderung ist ebenfalls sehr wichtig. Zudem bereiten wir seit Monaten ein Programm zur Verbesserung der Lehrerbildung an den Universitäten vor, das eine halbe Milliarde Euro umfassen soll und zu einer deutlichen Verbesserung führen wird. Insofern fühle ich mich mit der Bilanz sehr wohl.

(Entnommen: welt.de, 06.11.2012)

Informationen an die Geschäftsstelle

Absender

Philologenverband Sachsen-Anhalt · Landesgeschäftsstelle · Fax-Nr. (0 34 61) 41 54 58

Bestellung Lehrerkalender Schuljahr 2013/2014 und Adresskalender für 2014

Die Bestellungen für die Kalender müssen bis **31. März 2013** in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein (E-Mail: phvsa@t-online.de · Tel-Nr. (0 34 61) 20 35 62).

- Ich bin Mitglied im Philologenverband Sachsen-Anhalt und möchte hiermit kostenlos den Lehrerkalender für das Schuljahr 2013/2014 bestellen.
- Wir sind als Ehepaar beide im Verband organisiert und möchten hiermit kostenlos den Lehrerkalender für das Schuljahr 2013/2014 bestellen.
- Adresskalender für 2014 (kostenlos)



Ort, Datum

Unterschrift

Bundesweiter Gymnasialtag des Deutschen Philologenverbandes und des Verband Bildungsmedien



24 Workshops zu fachspezifischen, fachdidaktischen und allgemein pädagogischen Themen sowie der Besuch einer Bildungsmedienausstellung angeboten.

Anmeldung bis zum: 11. Februar 2013

Die Anerkennung als Lehrerfort- und -weiterbildungsveranstaltung ist beantragt. Weitere Informationen zu den Workshops, zur Anmeldung und zur Anfahrt finden Sie unter www.bildungsmedien.de/gymnasialtag2013

Die Teilnahmegebühr beträgt

für DPhV-Mitglieder: 30,00 EUR
für Nichtmitglieder: 40,00 EUR

Erstmals seit vielen Jahren zeigt sich das Gymnasium auf einem eigenen 'Gymnasialtag' und lädt seine Lehrkräfte aus ganz Deutschland zu einer Fortbildungs- und Informationsveranstaltung

am Freitag, dem 8. März 2013,
10.30 bis 17.00 Uhr
im Campus Westend der
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main

ein.

In Zusammenarbeit mit dem Verband Bildungsmedien werden neben dem Hauptvortrag:

»Neugier wecken und Staunen lernen im Unterricht –
Das Vergnügen am Geheimnisvollen«
Prof. Dr. Ernst Peter Fischer,
Wissenschaftshistoriker und Wissenschaftspublizist,
Universität Konstanz



Deutscher Philologenverband e.V.

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin
Tel.: 030/4081-6781
Fax: 030/4081-6788
E-Mail: info@dphv.de
Web: www.dphv.de



Verband Bildungsmedien e.V.

Zeppelinallee 33
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/9866976-0
Telefax: 069/70790169
Web: www.bildungsmedien.de

Fachtagung des PhVSA am 23. und 24.11. zum Thema „Demographischer Wandel, Schulreformen und Bildungsinfrastruktur für eine zukunftsfähige Schulpolitik in Sachsen-Anhalt“

Einen entspannten, gut aufgelegten und gut informierten Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) erlebten die Teilnehmer der Fachtagung des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt am 23.11. in Aschersleben. Dass sein Vortrag „Bildungsgerechtigkeit und Ressourcensteuerung. Ein Überblick zu den Herausforderungen in der Bildungspolitik bis zum Jahr 2020“ hier nicht ohne

der Gemeinschaftsschule gewesen. „Jedes Kind ist richtig, so wie es in die Schule kommt“, argumentierte der Kultusminister. Und weiter: „Jedes Kind muss, so gut es geht, gefördert werden.“ Die Gemeinschaftsschule biete hierfür die besten Möglichkeiten. Auf die aus der Runde der Teilnehmer vorgetragene Entgegnung, ein solches Projekt habe es in Sachsen-Anhalt mit

der zentralen Investitionsvorhaben für die Kommunen und auch für die regionale Wirtschaft in diesem Jahrzehnt begonnen. Vorausgesetzt die EU-Kommission stimme dem zu, könnte das Programm rund 600 Millionen Euro umfassen, die bis 2019 investiert werden sollen. Alle Schulen und Kindertagesstätten im Land sollen energetisch saniert und mit IT modernisiert werden – sofern sie



Nichts Neues bei der Gemeinschaftsschule entdeckt
PhVSA-Vorsitzender Dr. Jürgen Mannke



Durch die Gemeinschaftsschule zur Bildungsgerechtigkeit
Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD)



Kompetente Moderatorin der Diskussion: Bildungswissenschaftlerin Claudia Wolf

Widerspruch bleiben würde, war allen Beteiligten klar. Insbesondere die Idee der Gemeinschaftsschule vermag die Mitglieder unseres Verbandes nicht zu überzeugen. Und so war man gespannt, wie Stephan Dorgerloh dieses bildungspo-

der gescheiterten Förderstufe schon gegeben und gebe es in ähnlicher Form mit den integrierten Gesamtschulen noch immer, antwortete Stephan Dorgerloh nicht direkt. Er habe inzwischen ein entspanntes Verhältnis zu dieser aus seiner Sicht ideologisch geführten Debatte. Fakt sei, dass die gesetzliche Grundlage für die Einführung der Gesamtschule gelegt ist. Die Entscheidung zur Umsetzung liege nun bei den Schulen. „Man muss keine Gesamtschule werden“, so Dorgerloh, „Sie können das auch doof finden.“ Ihm sei es immer wichtig gewesen, dass die Entscheidungsträger freiwillig handelten.

den Demographie-Check bestünden. Dieses Vorhaben fand bei den Teilnehmern naturgemäß Zustimmung.

Mit einer Besichtigung der „Neo Rauch Ausstellung“ in Aschersleben beendeten die Teilnehmer die Fach-



Keine Berührungspunkte:
Astrid Becker (Leiterin des Landesbüros der Friedrich Ebert Stiftung), Kultusminister Stephan Dorgerloh, Dr. Mannke

litische Projekt begründen würde. Bildungsgerechtigkeit, Demographieentwicklung, Inklusion und eine höheres Maß an Eigenständigkeit für die Schulen seien die Ursachen für die Umsetzung der Idee von

Beim sich anschließenden Kamingespräch mit dem Minister wurde die angeregte und anregende Diskussion in weniger förmlicher Atmosphäre fortgesetzt.

Am zweiten Tag der Fachtagung referierte zunächst Marko Mühlstein vom Finanzministerium unseres Bundeslandes zum Förderprogramm Stark III. Mit diesem Programm habe Sachsen-Anhalt eines



Informationen zu Stark III
Marko Mühlstein vom Finanzministerium

tagung, die im Ergebnis der ersten Zusammenarbeit zwischen dem PhVSA und der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden war – perfekt vorbereitet von unserer Geschäftsstellenleiterin Birgitt Matthies und der Leiterin des Landesbüros der Stiftung Astrid Becker.

Meckerecke

Endlich! Die Gemeinschaftsschule kommt!

Es ist vollbracht! Es hat sich gelohnt! Nun hat sich endlich Volkes Wille gegen das parasitäre, bildungsbürgerlich-dekadente Elitedenken weniger Privilegierter durchgesetzt. Hurra! Hurra! Hurra!

Die Werktätigen unseres prosperierenden Bundeslandes werden nicht müde, mit zahlreichen Beifallsbekundungen ihrer Euphorie ob dieser Epoche machenden Entscheidung eindrucksvoll Ausdruck zu verleihen. Und auch das weltweite Echo wird stündlich erwartet. Seit der Abschaffung der Förderstufe hatte sich der Volkszorn jährlich gesteigert. Diesen konnten auch die aus allen Nähten platzenden Gesamtschulen nicht auffangen. Millionen forderten: „Wir wollen e i n e Schule!“ Mit Erleichterung nehmen diese nun den Sieg der Demokratie dankbar auf. Das Kollektiv der schon einen Antrag gestellt habenden Oberschule „Anton Semjonowitsch Makarenko“ zum Beispiel hat zum Dank bereits fünf rote Nelken (eine für jede schon einen Antrag gestellt habende Kommune) an

das Kultusministerium nach Magdeburg geschickt, und zwar zusammen mit der Losung: In allen fünf Ecken soll Gemeinschaft drin stecken! Denn Gemeinschaft hat einen guten Klang: Gemeinschaftssinn, Bedarfsgemeinschaft, Gemeinschaftsschule! Alle gemeinsam, alle gleich!

Der große Sprung ist nun nicht mehr weit. Noch gibt es 549 Grundschulen, 174 Sekundarschulen, 80 Gymnasien, 119 Förderschulen, 8 integrierte Gesamtschulen und 3 kooperative Gesamtschulen. Aber dieser Bildungswirrwarr wird bald ein Ende haben. Eine Schule für alle! Eine Klasse für alle! Ein Klassenraum für alle! Das gilt es in Zukunft zu erreichen. Der Anfang ist gemacht. Alles für das Wohl des Volkes und den Frieden! Danke, SPD! Danke, CDU!

In diesem Sinne
Euer Volkskorrespondent Pessimissimo

Weiterentwicklung der beruflichen Handlungskompetenzen von Berufseinsteigern: eine Bestandsaufnahme

Zweite Zusammenkunft der regionalen Arbeitsgruppe Harz im Gymnasium Stadtfeld Wernigerode

Von Grit Viehweg und Thomas Gyöngyösi

„Erziehung ist ein Beruf, wo man verstehen muss, Zeit zu verlieren, um Zeit zu gewinnen.“ Dies erkannte bereits der französischsprachige

2012 abgeleitet werden. Nachdem am 24. Oktober diesen Jahres die Auftaktveranstaltung des Einstellungsjahrgangs 2012/2013 im LISA in Halle stattfand, konnten zu Beginn des Seminars neue Teilnehmer in der regionalen Arbeitsgruppe Harz

lichen Handlungskompetenzen seit dem letzten Arbeitstreffen schriftlich festhalten sollte. Ziel dieser Selbstreflexion war das Ableiten von allgemein gültigen metakognitiven Handlungsstrategien, anhand von positiven Entwicklungstendenzen,



Frau Edwina Koch-Kupfer stellt den Arbeitsplan des zweiten Arbeitstreffens vor.

Schriftsteller, Philosoph und Pädagoge Jean-Jacques Rousseau. Doch welche Bedeutung diese Aussage auch für die neu eingestellten Lehrkräfte im Land Sachsen-Anhalt hat, konnte im Meinungsaustausch zwischen der Seminarleiterin Frau Edwina Koch-Kupfer (MdL) und den Berufseinsteigern beim zweiten Treffen der regionalen Arbeitsgruppe Harz am 17. November



In der kollegialen Fallberatung wird neben der Auswertung der Gruppenarbeit auch über eine funktionierende Eltern-Lehrer-Beziehung gesprochen.

begrüßt werden. Im Anschluss an die Vorstellungsrunde wurde der Arbeitsplan mit den Berufseinsteigern besprochen und festgelegt. Zentraler Tagesordnungspunkt war dieses Mal eine Positiv-Negativ-Abfrage, bei der jeder Teilnehmer seine Eindrücke in der individuellen Weiterentwicklung seiner beruf-



Die Berufseinsteiger bereiten in der Gruppe die Positiv-Negativ-Abfrage vor.

um den Weg zu einer zunehmenden Lehrerprofessionalisierung zu finden. Dabei hob Frau Edwina Koch-Kupfer zwei Aspekte besonders hervor: Zum einen dient diese Form der Abfrage einer gewissen Selbstmotivation, indem man sich seiner eigenen Schwächen, aber vor allen seiner schon vorhandenem Stärken bewusst wird und darauf aufbauen kann. Zum anderen betonte sie, dass

diese Methode ebenso im Berufsalltag förderlich sei, auch wenn sie zunächst zeitaufwendig erscheine und scheinbar mit zusätzlichem Aufwand verbunden sei.

Im Anschluss an die Bearbeitung der Aufgabe erfolgte im ersten Schritt zunächst eine Reflexion der Methode der Positiv-Negativ-Abfrage: Dabei stellte sich in der Diskussion zwischen den Teilnehmern unter anderem heraus, dass eine Selbstreflexion im schulischen Alltag aufgrund der vielfältigen Aufgaben im Lehrerberuf sowie der Anforderungen an einen Berufseinsteiger zu selten stattfinden kann, und sich damit rückblickend als schwierig erweist. Außerdem wurde erkannt, dass sehr viele Berufseinsteiger eine hohe Selbstkritik aufweisen und somit meist erst negative Erfahrungen formulierten. Nach und nach stellte sich jedoch heraus, dass es aber auch sehr viele positive Tendenzen gibt, die auf eine Weiterentwicklung der beruflichen Handlungskompetenz als Berufseinsteiger seit dem Referendariat schließen lassen.

In der Auswertung zeigte sich, dass unter anderem folgende Aspekte als positiv erkannt wurden: effektivere Unterrichtsvorbereitung und die Nutzung von zur Verfügung stehen-

den Zeittressourcen, zunehmende Flexibilität im Unterrichtsgeschehen, Aufbau einer stabilen und lernförderlichen Schüler-Lehrer-Beziehung und die Verbesserung des Managements der eigenen Klasse in der Funktion als Klassenlehrer. Der in den meisten Schulen anstehende Elternsprechtag ebnete in der Auswertungsphase aber auch den Weg zur Frage nach einer funktionierenden Eltern-Lehrer-Beziehung. In diesem Zusammenhang rezitierte Frau Edwina Koch-Kupfer unter anderem auch Passagen aus dem Buch von Michael Winterhoff „Warum unsere Kinder Tyrannen werden – Oder: Die Abschaffung der Kindheit“, um zu verdeutlichen, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern ist, um die gemeinsame Erziehungsaufgabe am Kind bestmöglich zu verwirklichen. Dabei blieben auch das veränderte Verhältnis zwischen Eltern und Lehrern und die damit verbundenen Konsequenzen in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus nicht unerwähnt.

Der Elternsprechtag bietet unter anderem eine sehr gute Möglichkeit, an der Eltern-Schüler-Lehrer-Verbindung zu arbeiten. Im Seminar wurde somit abschließend heraus-

gestellt, dass die Elternarbeit, für den Berufseinsteiger zunächst als beängstigend und zeitraubend empfunden, doch eine gute Zeitinvestition ist, um dann im Schulalltag durch Geklärltheit der Aspekte von Erziehung Zeit für guten Unterricht zu gewinnen.

Weitere Informationen zur Berufseingangsphase in Sachsen-Anhalt sind zu finden unter: http://www.bildung-lsa.de/lehrerbildung/lehrkraefte_in_der_berufseingangsphase__bep_site_.html

Über die Autoren:

Grit Viehweg ist seit Februar 2012 Lehrerin für Chemie und Mathematik am Gymnasium Martineum in Halberstadt.

Thomas Gyöngyösi unterrichtet seit Dezember 2011 am Gymnasium Stadtfeld in Wernigerode die Fächer Biologie und Mathematik.

Beide Autoren sind Berufseinsteiger, die an der Auftaktveranstaltung des Einstellungsjahrgangs 2011/2012 teilgenommen haben.

Fortbildung in Wendgräben für ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragte

Von Ines Gurschke (Frauenbeauftragte des PhVSA)

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Artikel 3, Grundgesetz

Für den 16. November 2012 hatte der Philologenverband Sachsen-Anhalt zu seiner 1. Schulung der Gleichstellungsbeauftragten an Gymnasien und Gesamtschulen ein-

geladen. 18 Kolleginnen folgten dieser Einladung in das Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung Schloss Wendgräben und nahmen die Gelegenheit wahr, mehr über die ehrenamtliche Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte in den Schulen zu erfahren und in einen regen Erfahrungsaustausch zu treten.

Als Gast nahm auch die Frauenbeauftragte des Philologenverbandes Niedersachsen, Ortrud-Christine Rotzoll, teil.

Schon bei der kurzen Vorstellungsrunde wurde klar, dass es alle Gleichstellungsbeauftragten in ihren Schulen mit nahezu identischen Problemen zu tun haben. Die meisten Kolleginnen sind über 50 Jahre alt. Viele Vertretungsstunden, Abordnungen, Unterricht in

mehreren Häusern (bis zu 5 Häuser müssen abgedeckt werden) mit sehr kurzen Wechsellpauzen und die sehr hohen Klassenstärken führen zu einer Belastung der Kolleginnen. Oft kann diesem Druck nicht ein ganzes Schuljahr lang standgehalten werden. Die Folgen sind immer mehr Langzeiterkrankungen, welche wiederum zu neuer Belastung der anderen Kolleginnen durch weitere Vertretungsstunden führen. Die Teilnehmerinnen kritisieren, dass bei dieser hohen Belastung keine Honorierung von weiterem Engagement bei Klassenlehrertätigkeit, dem Erstellen von Gutachten und außerschulischer Arbeit mit den Schülern erfolgt. Alle Anwesenden brachten zum Ausdruck, dass eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl für die Leh-

rinnen an den Gymnasien nicht tragbar ist und die genannten Probleme nur noch verstärken würde. Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit wären noch mehr Langzeiterkrankungen die Folge. Bemerkenswert war zudem, dass die meisten Anwesenden angaben, dass Schulleitungen oft nur aus Männern bestehen, die die Probleme der Lehrerinnen nicht immer nachvollziehen können.

Den ersten Themenkomplex "Aufgaben, Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten" referierte Frau Angela Böttcher, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Aschersleben. Bei den Vorbereitungen für ihren Vortrag musste Frau Böttcher, genau wie die anwesenden Gleichstellungsbeauftragten und ich, die Erfahrung machen, dass es sehr wenig Material zur Arbeit ehrenamtlicher Gleichstellungsbeauftragter gibt, was natürlich Schlussfolgerungen auf die Bedeutung dieser Funktion in unserer Gesellschaft zulässt. Dies wird durch die Information, dass das Frauenförderungsgesetz in Sachsen-Anhalt seit 1997 nicht mehr bearbeitet wurde, noch deutlicher.

Die Aufgaben und Rechte der ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten sind in den Paragraphen 17 und 18 des Frauenfördergesetzes geregelt.

Trotz ihres interessanten Vortrages über ihre Tätigkeit konnte Frau Böttcher natürlich wenig Lösungsansätze zu unserer schulspezifischen Problematik anbieten, versprach aber, diese Probleme an die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragter (LAG) weiterzuleiten. Die LAG hat dann die Möglichkeit sich damit an das Ministerium zu wenden. Suchen die Gleichstellungsbeauftragten an den Schulen Unterstützung bei ihrer Tätigkeit, können sie sich an die hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in der jeweiligen Stadt oder des Schulamtes wenden.

Im zweiten Teil der Fortbildungsveranstaltung "Gesundheitsschutz für Lehrkräfte" stand die Lehrergesundheit im Mittelpunkt. Hierzu referierten Frau Andrea Mazanec von der Unfallkasse Sachsen-Anhalt und Frau Gudrun Müller vom LSA. Frau



Frau Angela Böttcher (links) beantwortet Fragen der Teilnehmer.



Frau Andrea Mazanec bei ihrem Vortrag



Frau Gudrun Müller (links stehend) erläutert das betriebliche Eingliederungsmanagement.



Aufmerksame Teilnehmer

Mazanec stellte fest, dass die einzig positive Veränderung der Rahmenbedingungen des Lehrerberufs oft nur in der Schulsanierung besteht. Sie hob auch hervor, dass mit den Veränderungen im Schulsystem eine Veränderung des Profils des Lehrerberufes einhergeht und dem muss in der Gesundheitsfürsorge ebenfalls Rechnung getragen werden. Laut Arbeitsschutzgesetz ist der Minister als Arbeitgeber für die Lehrergesundheit zuständig. Dieser hat damit den Schulleiter über das Schulgesetz § 26 beauftragt. Aber Lehrergesundheit gehört auch in den Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten und natürlich hat jeder hier eine Eigenverantwortung. Aus den Ausführungen von Frau Mazanec konnte man entnehmen, dass es viele Möglichkeiten und Partner gibt, um Fortbildungen zur Lehrergesundheit zu gestalten. So kommt der Betriebsarzt nicht nur zu betrieblichen Untersuchungen in

die Schule, sondern kann auch für Fortbildungsveranstaltungen des Kollegiums zu Themen wie Stress, Zeitmanagement usw. angefordert werden. Auch die Unfallkasse Sachsen-Anhalt bietet viele Fortbildungen für Lehrer an.

Dazu gibt es an jeder Schule eine Broschüre, zu finden sind diese Angebote auch unter www.ukst.de. Dieser Fakt war den meisten Beteiligten allerdings neu. Interessant war die Information, dass 80 % der Lehrer vorzeitig in den Ruhestand gehen und davon bis zu 60 % wegen psychischer Erkrankungen. Folgend aus diesen Zahlen soll es im nächsten Jahr in Sachsen-Anhalt eine Befragung zur Lehrergesundheit geben. Im dritten Themenkomplex "Betriebliches Eingliederungsmanagement" (BEM) erhielten die Teilnehmerinnen von Frau Müller sehr interessante Hinweise und Informationen. Da Dauererkrankungen zunehmen, kommt BEM eine immer größere

Bedeutung zu. Involviert sind hier der Arbeitgeber, der Lehrpersonalrat, die Bezirksschwerbehindertenvertretung und der Bereich Gleichstellung. Ziel ist es, für die Betroffenen die bestmögliche Lösung zur Wiedereingliederung in das Berufsleben zu entwickeln. Hier steht Frau Müller auf Wunsch als Einzelfallmanagerin beratend und unterstützend zur Seite. Dies machte sie auch an interessanten Fallbeispielen deutlich.

Nach Einschätzung der Teilnehmerinnen war diese Fortbildung gewinnbringend, da sie Unterstützungsangebote vermittelte und die Frauen endlich einmal Erfahrungsaustausch bezüglich der Gleichstellungsproblematik hatten. Man ist auf die nächste Schulung gespannt, Themenvorschläge dazu wurden schon benannt.

Für die hervorragende Organisation dieser Fortbildung gilt hierbei Frau Matthies und Frau Spindler aus der Geschäftsstelle besonderer Dank.

Neuer dbb bundesvorsitzender gewählt

Klaus Dauderstädt ist auf dem Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion am 12. November 2012 in Berlin zum neuen Bundesvorsitzenden der Organisation gewählt worden. Von den abgegebenen 861 Stimmen waren 855 gültig. Auf Dauderstädt entfielen 511 Stimmen, auf Habermann 335 Stimmen, 9 Delegierte enthielten sich. Zu seiner Wahl erklärte Klaus Dauderstädt: „Ich danke den Delegierten sehr für das mir entgegengebrachte Vertrauen und Rolf Habermann für den fairen Umgang miteinander im Vorfeld dieser Wahl. Den dbb die nächsten fünf Jahre führen zu dürfen, ist eine große Herausforderung und spannende Aufgabe. Deutschland kann sich auf die Beschäftigten des öffent-

lichen Dienstes verlassen, auf ihre Kompetenz und ihre Einsatzbereitschaft. Genauso verlassen sich die Beschäftigten aber auch darauf, dass ihre Arbeits- und Einkommenssituation angemessen gestaltet ist.



Klaus Dauderstädt (links) ist neuer dbb bundesvorsitzender.

Wir werden als gewerkschaftlicher Dachverband in den nächsten Jahren dafür zu sorgen haben, dass sich

zwischen berechtigten Ansprüchen der Kolleginnen und Kollegen und erlebter Arbeitswirklichkeit kein zu großer Abstand auftut.“

Der 23. dbb Gewerkschaftstag fand vom 11.-14. November 2012 unter dem Motto „Leistung macht Staat“ im ECC Berlin statt. Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium des dbb, der mit über 1,2 Millionen Mitgliedern Deutschlands Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche ist. Neben der Wahl einer neuen Führung steht dieses Jahr vor allem die Integration der dbb tarifunion in den dbb im Mittelpunkt, die die Gesamtorganisation auf eine breitere, Beamte und Arbeitnehmer umfassende Basis stellt.

dbb gewerkschaftstag 2012

dbb beamtenbund und tarifunion hat neue Bundesleitung

Die neue Führungsspitze des dbb beamtenbund und tarifunion, Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche mit mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern, ist gewählt: Neben dem Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt gehören ihr als hauptamtliche Stellvertreter der 2. Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik, Willi Russ, und der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, an.

Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden weiterhin in die Bundesleitung gewählt:

Thomas Eigenthaler (Deutsche Steuergewerkschaft - DSTG)

Ulrich Silberbach (komba gewerkschaft)



Die neue Führungsspitze des dbb beamtenbund und tarifunion

Astrid Hollmann (VRRF - Die Medizengewerkschaft)

Volker Stich (BBW Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg)

Kirsten Lühmann (Deutsche Polizeigewerkschaft, DPoIG)

Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, GDL)

Begabungsdiagnostische Beratungsstelle Sachsen-Anhalt eingerichtet

Die Begabungsdiagnostische Beratungsstelle BRAIN Sachsen-Anhalt (kurz BRAIN-ST) hat zum Oktober dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen. BRAIN - das steht für BeRatung und INformation über besondere Begabung. Gewährleistet wird dies von den beiden Mitarbeiterinnen Thérèse Thümler und Inga Reichardt unter Leitung von Prof. Dr. Urhahne (Arbeitsbereich Pädagogische Psychologie der MLU Halle-Wittenberg) und finanziert durch das Kultusministerium Sachsen-Anhalt.

Das Konzept der BRAIN-ST entstand in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Rost vom Marburger Hochbegabtenprojekt. Im Rahmen dieses Projekts wurde bereits 1999 eine solche diagnostische Beratungsstelle (BRAIN) etabliert, die seither in guter Kooperation mit dem hessischen Schulsystem besteht und große Zustimmung von Seiten der betroffenen Eltern und Lehrkräfte genießt. Die Zusammenarbeit mit BRAIN (Mar-

burg) schloss unter anderem auch eine ausführliche Einarbeitungsphase der beiden Mitarbeiterinnen von BRAIN-ST in Marburg ein. BRAIN-ST stellt eine neutrale Anlaufstelle für Eltern, Lehrkräfte, ErzieherInnen, SchulleiterInnen sowie PsychologInnen dar, die konkrete Anliegen in Bezug auf intellektuelle Hochbegabung haben.

So geben die Mitarbeiterinnen unter anderem Auskunft und Rat bezüglich folgender Fragen:

- Wie und wann stellt man Hochbegabung fest?
- Unter welchen Umständen ist eine Testung / Nachtestung sinnvoll?
- Wie läuft eine Testung ab und wie bereite ich mein Kind darauf vor?
- Wer kann testen und wie kann man vorhandene Testergebnisse interpretieren?
- Wie kann ich ein Kind (auch ohne Test) fördern?
- Ist das Kind in der Schule eventuell unterfordert?

- Soll das Kind vorzeitig eingeschult werden / eine Klasse überspringen?
 - Brauchen besonders begabte Kinder „besondere“ Erziehungsmaßnahmen oder Fördermaßnahmen?
 - Hängen auftretende Probleme (z.B. Schulschwierigkeiten, soziale und psychische Auffälligkeiten) mit einer besonderen Begabung zusammen? Wie kann ich diese Probleme angehen?
 - Gibt es außer BRAIN für unsere Fragestellung noch eine Anlaufstelle, an die ich mich wenden kann?
 - Wo finde ich Informationsmaterial zum Thema „besondere Begabung“ und zu damit zusammenhängenden Fragestellungen?
- Wenn es sinnvoll ist, kann sich eine Folgeberatung vor Ort mit einer umfassenden individuellen psychologischen Begabungsdiagnostik anschließen.

Wir möchten dazu beitragen, Unsicherheit zu reduzieren und unzutreffende Mythen bezüglich hochbegabter Kinder und Jugendlicher zugunsten einer realistischen, wissenschaftsbasierten Perspektive abzubauen. Als unabhängige Instanz kann BRAIN-ST, wenn unterschiedliche Ansichten über die Begabung bzw. Förderung eines Schülers oder einer Schülerin vorliegen, eine Ver-

mittlerrolle einnehmen. Im Konfliktfall soll im gemeinsamen Gespräch von Elternhaus und Schule versucht werden, eine von allen Seiten akzeptierte Lösung zu erarbeiten. Dabei hilft BRAIN-ST, Probleme zu verstehen und neue Handlungsmöglichkeiten zu entdecken. Lehrkräften bieten wir eine telefonische Beratung an. Eine auf einen konkreten Einzelfall bezogene Beratung erfolgt

jedoch aus Gründen der Schweigepflicht nur mit dem Einverständnis der Eltern. Informationen darüber, wie Sie uns erreichen können, finden Sie auf der Internetseite des Arbeitsbereichs Pädagogische Psychologie der MLU (<http://www.philfak3.uni-halle.de/paedagogik/psycho-erz>).

*Inga Reichardt und Thérèse Thümmler
(Dipl.-Psych., BRAIN-ST)*

BDK fordert bundeseinheitliche Schulstruktur



Dr. Rainer Stein-Bastuck amtiert seit 2009 als Bundesvorsitzender des BDK.

Die Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren ist der Zusammenschluss von Direktorenvereinigungen der Bundesländer. Sie wurde 1971 gegründet.

Von den ca. 3000 Direktoren von Gymnasien in Deutschland sind derzeit 2225 über ihre Vereinigungen in der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren organisiert.

Die Bundesvereinigung ist unabhängig und parteipolitisch neutral. Sie fördert das Gymnasium und sieht ihre Aufgabe in der Behandlung der Fragen, die das Gymnasium und dessen Leitung im Rahmen des gesamten Bildungswesens betreffen. Die Bundesdirektoren-

konferenz Gymnasien (BDK) ist das ausführende Organ der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren. Die BDK besteht aus 26 Vertretern der Direktorenvereinigungen; größere Bundesländer sind durch mehrere Mitglieder in der BDK vertreten. Die BDK tagt zweimal jährlich jeweils in einem wechselnden Bundesland. Mit Pressemitteilungen, Arbeitsberichten und Entschlüssen nimmt die BDK Einfluss auf die Bildungspolitik in ganz Deutschland.

Die BDK wählt aus ihrer Mitte den Vorstand auf zwei Jahre. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, drei Stellvertretern sowie dem Schatzmeister. Der Vorsitzende vertritt die Bundesvereinigung nach außen und führt die laufenden Geschäfte im Sinne der Beschlüsse der BDK.

Bundesvorsitzender ist seit März 2009 der Leiter des Gymnasiums am Krebsberg Neunkirchen (Saarland), Oberstudiendirektor Dr. Rainer Stein-Bastuck. In Sachsen-Anhalt führt OSTD Bernd Ludlei, Schulleiter am Lucas-Cranach-Gymnasium Wittenberg und Mitglied des Hauptvorstandes des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt, den Landesverband.

Aus Anlass ihres 40-jährigen Bestehens im Frühjahr 2011 hat die BDK die viel beachtete „Berliner Erklä-

rung“ verabschiedet. Darin fordert die BDK eine bundeseinheitliche Schulstruktur, bestehend aus dem achtjährigen Gymnasium ab Klasse 5 und der Oberschule als weiterer Säule. Das Gymnasium führt auf der Grundlage bundesweit einheitlicher Bildungsstandards und Abiturprüfungsanforderungen zur Allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur. Es vermittelt eine vertiefte Bildung und sichert die allgemeine Studierfähigkeit für leistungsfähige und leistungsbereite Schülerinnen und Schüler. Die Oberschule soll differenzierte Schulabschlüsse bis hin zum Hochschulzugang nach neun Jahren ermöglichen.

In ihren jüngsten Entschlüssen hat sich die BDK zum Lehrermangel an Gymnasien geäußert und eine Aufwertung des Lehrerberufs gefordert. Damit verbunden hat die BDK eine bundesweite Vereinheitlichung der Ausbildung von Lehrern an Gymnasien unter Gewährleistung hoher Standards gefordert. Zudem wurden die Fraktionen im Deutschen Bundestag von der BDK aufgefordert, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern durch eine Änderung des Grundgesetzes aufzuheben und damit wieder zielgerichtete Bildungsinvestitionen im Einvernehmen mit den Ländern zu ermöglichen.

Ihre kompetente Interessenvertretung



Fachgewerkschaft der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer in Sachsen-Anhalt

Datenerfassung/Änderungsmitteilung/Einzugsvollmacht

Name, Vorname

akademischer Grad Geburtsdatum

Adresse

Arbeitsstelle

Fächerkombination im Schuldienst seit
(Datum Dienstjubiläum)

Funktionsstelle Newsletter des PhVSA ja nein

Beamte(r) Besoldungsgruppe A Vollzeit / Teilzeit Wochenstunden

Angestellte(r) Entgeltgruppe E Vollzeit / Teilzeit Wochenstunden

Rufnummer dienstlich privat

E-Mail-Adresse Mitglied Schulpersonalrat

Ich erkenne die Satzung des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt e. V. an und bin damit einverstanden, dass meine Daten in der elektronischen Mitgliederverwaltung des Verbandes gespeichert werden.

.....
Ort/Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich bin damit einverstanden, dass mein Mitgliedsbeitrag vom Philologenverband Sachsen-Anhalt e. V. vierteljährlich eingezogen wird.*)

Kreditinstitut

BLZ Konto-Nr.

BIC IBAN

Erste Abbuchung*) Mitgliedsbeitrag

.....
Ort/Datum Unterschrift

Bitte ausfüllen und zurück an Geschäftsstelle senden, auch per Fax (0 34 61) 41 54 58 möglich.

*) Das Eintrittsdatum ist mit der ersten Beitragszahlung identisch, da der Eintritt lt. unserer Satzung nur zum 1. des jeweiligen Quartals möglich ist. In diesem Zeitraum erfolgt auch die Abbuchung.

Der Austritt ist laut unserer Satzung nur zum letzten Tag des jeweiligen Quartals (Schreiben muss zu diesem Zeitpunkt in der Geschäftsstelle vorliegen) möglich.

Entschließung der BDK zur quantitativen und qualitativen Lehrerversorgung an den Gymnasien Lehrermangel trotz rückläufiger Schülerzahlen

An einer aktuellen BDK-Umfrage zur zukünftigen Personalsituation an den deutschen Gymnasien haben rund 600 Gymnasien teilgenommen. Das Ergebnis zeigt, dass bereits in den nächsten fünf Jahren mindestens 20 Prozent der Lehrkräfte aus dem Dienst ausscheiden werden. Insbesondere in den Fächern Physik, Chemie und Informatik steht bundesweit ein qualitativer und quantitativer Ersatz nicht annähernd zur Verfügung! Auch in den Folgejahren ist - trotz bundesweit rückläufiger Schülerzahlen - mit einer weiteren Verschärfung des Lehrermangels in diesen Fächern zu rechnen. Der sich verschärfende Wettbewerb um den akademischen Nachwuchs in diesen Studiengängen wird unweigerlich zu noch massiverem Lehrermangel und Unterrichtsausfall führen, wenn nicht sofort gegengesteuert wird. Einer nachhaltigen Lehrerpersonalentwicklung stehen zudem sehr

unterschiedliche Bedingungen in den Bundesländern entgegen. Die BDK sieht diese Entwicklung mit größter Sorge und fordert:

- Es müssen wirksame Anreize geschaffen werden, damit geeignete Abiturienten ein Studium für das Lehramt am Gymnasium aufnehmen, insbesondere in den Mangelfächern. Dazu gehören eine schulformspezifische Ausbildung, die Verbeamtung und eine attraktive Besoldung.
- Generell müssen Stellenwert und Wertschätzung des Lehramtsstudiums an den Universitäten erheblich gesteigert werden. Die finanzielle Förderung der Universitäten muss an die Schaffung entsprechender Kapazitäten für Lehramtsstudiengänge in den Mangelfächern gekoppelt werden.
- Die Länder sind gehalten, die fachspezifischen Kapazitäten der Seminare auf der Basis des Bedarfs

der Gymnasien auszurichten. Der Bedarf muss jährlich landesweit erhoben und veröffentlicht werden.

- Die Einstellung von Gymnasiallehrkräften muss einer langfristigen Planung folgen.

Darüber hinaus regt die BDK an, geeignete Lehramtsstudenten vom Studienbeginn bis zum Berufseintritt durch großzügige Stipendien zu fördern. Förderprogramme von Stiftungen und Unternehmen werden schon in wenigen Jahren ins Leere laufen, wenn an den Gymnasien kein kontinuierlicher und qualifizierter Unterricht in den Mangelfächern mehr stattfindet.

Es geht um die Bildungschancen künftiger Generationen und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Handlungsbedarf besteht jetzt!

Speyer, 21. September 2012

Der berufspolitische Ausschuss informiert

Philologenverband Sachsen-Anhalt lehnt geplanten Stellenabbau im Lehrerbereich kategorisch ab

Das Personalkonzept der Landesregierung sieht vor, dass in den nächsten Jahren 3000 Lehrer-Vollzeitstellen abgebaut werden sollen. Ziel sind 14000 Lehrerstellen im Jahr 2020. Mit Blick auf das demografische Echo scheint diese Möglichkeit, den Haushalt in Sachsen-Anhalt zu konsolidieren, logisch. Der Philologenverband kritisiert dieses Ansinnen dennoch scharf. „Wenn wir in den nächsten Jahren händelnd Lehrerinnen und Lehrer in den so genannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) suchen und sich eindeutig Engpässe in Musik, Kunsterziehung und Sport abzeichnen, dann ist Stellenabbau wohl der falsche Weg, den Bildungsauftrag zu erfüllen. Wir fordern die Landesregierung auf, den Korridor für Neueinstellungen weiter als bisher zu öffnen, um langfristig durch junge Lehrerinnen und Lehrer den Unterricht abzusichern. Eine undifferen-

zierte Berechnung, wie viele Lehrkräfte angeblich als Überhang durch die Schulen geistern, hilft uns nichts und kann auch den Stundenausfall nicht minimieren“, kommentiert der Landesvorsitzende des Philologenverbandes, Jürgen Mannke, die Pläne der Landesregierung.

Die Gymnasiallehrgewerkschaft unterstützt hier die Positionen des Kultusministers, Stephan Dorgerloh (SPD), der den Abbau von Lehrerstellen als „fraglich“ bezeichnet. Eine vom Finanzministerium geplante Erhöhung der Lehrer-Wochenarbeitszeit um eine Stunde, mit der 500 Lehrerstellen eingespart werden sollen, sieht Dorgerloh kritisch, der Philologenverband lehnt eine solche kategorisch ab. Unsere Lehrerschaft ist im Durchschnitt 51 Jahre alt und da kann es wohl nur ein schlechter Witz sein, den Pädagogen noch mehr Stunden aufzubürden, als sie ohnehin schon leisten müssen. Stattdessen sollte man den

Pädagogen, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, die Möglichkeit zur Altersteilzeit geben.

Durch die vielen krankheitsbedingten Ausfälle müssen Vertretungsstunden geleistet werden, die an die Grenzen der Kräfte unserer Lehrerinnen und Lehrer gehen. Der Kultusminister hat Recht, wenn er sagt, dass die „Anhebung der Arbeitszeit zu einer Erhöhung des Krankenstandes führen“ würde. In Sachsen-Anhalt fallen vergleichsweise viele Lehrerinnen und Lehrer wegen Krankheit aus. Im Schuljahr 2011/2012 gab es fast 300 über lange Zeit (einige sogar mehrere Jahre) erkrankte Pädagogen.

Bevor man solche Pläne schmiedet, sollte man das Ergebnis der Arbeitsgruppe aus Vertretern des Kultus- und des Finanzministeriums sowie der Staatskanzlei abzuwarten, die Ende des Monats ihre Berechnungen zum Lehrbedarf bis zum Jahr 2020 vorlegen wird.

DPHV fordert Schulministerien zur vollen Reisekostenerstattung für Lehrkräfte auf *Andreas Bartsch: Mit der bisherigen unseligen Praxis muss jetzt Schluss sein!*

Als eigentlich längst überfällige Konsequenz aus einem kürzlich ergangenen Urteil des Bundesarbeitsgerichts hat Andreas Bartsch, Vorstandsmitglied des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), alle Bundesländer aufgefordert, ihre bisherige Praxis bei der Reisekostenerstattung für Lehrkräfte bei Klassen- und Studienfahrten umgehend zu korrigieren und für die vollständige Erstattung der entstandenen Unkosten zu sorgen.

„Auch wenn das Urteil im Falle einer tarifbeschäftigten Lehrkraft ergangen ist, bleibt unzweifelhaft, dass die vom Gericht angemahnte Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber Beschäftigten auch für alle verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer gilt. Es ist ein Skandal, dass Begleitlehrkräfte von Studienaustauschprogrammen und Klassenfahrten bislang in vielen Bundesländern unter Druck gesetzt wurden, auf die Reisekos-

tenerstattung zu verzichten. Damit muss jetzt Schluss sein!“, forderte Bartsch.

Als Hauptursache der gesetzwidrigen Praxis machte das DPHV-Vorstandsmitglied den mangelnden Willen fast aller Landesregierungen aus, genügend Haushaltsmittel für Reisekosten in den entsprechenden Etatansätzen bereitzustellen.

„Kein Arbeitgeber in der Privatwirtschaft könnte sich ein so arbeitnehmerfeindliches Gebaren leisten. Auch in der übrigen öffentlichen Verwaltung ist ein solches Gebaren völlig unüblich. Zu Recht hat das Bundesarbeitsgericht darauf hingewiesen, dass ein solches Verhalten des Staates grob gegen seine Fürsorgepflicht verstößt. Es ist eine entwürdigende Situation, dass Lehrer vor die Wahl gestellt werden, ihre Teilnahme an Fahrten, die dem Bildungsauftrag der Schule entsprechen, entweder aus eigener Tasche

zu bezahlen oder die Verantwortung für die Absage zu übernehmen. Das ist nicht hinnehmbar, betonte das Vorstandsmitglied.

Entgegen dem vordergründigen Eindruck, die Teilnahme an Klassenfahrten habe zum Teil Urlaubscharakter und diene dem Privatvergnügen, wisse jede betroffene Lehrkraft, mit welcher zusätzlichen Belastung und Verantwortung eine solche Aufgabe verbunden sei. Bartsch verwies weiterhin darauf, dass es sogar Kultusministerien gebe, die den Schulen empfehlen, die Reisekosten für Lehrkräfte bei Elternbeiräten und Fördervereinen zusammenzubetteln: „Auch diese unselige Praxis muss beendet werden. Wenn die Schulministerien der Länder stets die pädagogische Bedeutung von Schullandheimaufenthalten und Klassenfahrten hervorheben, müssen sie auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen!“

VBE und DPhV einig: Beamte erster und zweiter Klasse gibt es nicht

dbb

„Das am 31. Oktober 2012 vorgelegte dbb-Gutachten von Udo Di Fabio bestätigt voll und ganz die Auffassung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Lehrerinnen und Lehrer üben im Sinne des Grundgesetzes Artikel 33 Absatz 4 hoheitliche Befugnisse aus“, sagte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Es gibt keine Beam-

ten erster und zweiter Klasse und es darf sie nicht geben. Verbeamteten Lehrkräften steht deshalb kein Streikrecht zu.“ Der VBE halte es für wichtig, so Beckmann, dass diese grundsätzliche Frage zum Status des Beamtentums in Deutschland auf dem Tisch des Bundesverfassungsgerichts liege.

Auch der Deutsche Philologenverband (DPHV) begrüßte das Gutach-

ten „Das beamtenrechtliche Streikverbot“ des Verfassungsrichters a. D. als „unmissverständlich und eindeutig“. Zugleich unterstrich DPHV-Vorstandsmitglied Andreas Bartsch die Bedeutung des Beamtenstatus für Lehrkräfte. Dieser gewährleiste die Verlässlichkeit von Schule und verhindere, dass das Bildungsrecht von Schulkindern durch Arbeitskämpfe beeinträchtigt wird.

Und plötzlich ist das Handy weg

In der Schule sorgt das SMS-Schreiben und Surfen oft für Ärger. Was der Lehrer verbieten darf und was nicht.

Die 13-jährige Louisa fühlt sich ungerecht behandelt. In der Deutschstunde klingelte ihr Handy, jetzt hat es ihr der Lehrer weggenommen. Ihre Mutter soll das Telefon im Sekretariat wieder abholen. Wütend fragt sie: „Darf der Lehrer das?“

„Ja“, sagt die auf Schulrecht spezialisierte Rechtsanwältin Simone Pietsch. „Die Wegnahme von Gegenständen

ist eine erzieherische Maßnahme und zulässig, wenn sie zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs nötig ist.“ Das Handy darf aber nur eingezogen werden, wenn es der Schüler im Unterricht unerlaubt benutzt oder das Klingeln den Unterricht stört. Nicht erlaubt ist es, das Telefon wegzunehmen, nur weil ein Schüler etwa seine Hausaufgaben nicht gemacht hat

oder zu spät kommt. Anwältin Pietsch erhält täglich mindestens zwei Anfragen zum Thema „Handys in der Schule“. Erstaunlich ist das nicht. Rund 92 Prozent der deutschen Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren besitzen ein eigenes Handy oder Smartphone, wie der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (bitkom) ermittelte.

Was die Schulordnung regeln darf

Häufig regelt die Schulordnung die Nutzung von Handys. Einige Schulen erlauben das Telefonieren auf dem Schulhof oder in eigens dafür eingerichteten Zonen.

Bayern hat die Handynutzung sogar im Schulgesetz geregelt – und zwar streng: Mobilfunktelefone müssen in dem Bundesland auf dem gesamten Schulgelände ausgeschaltet sein. „Schulen dürfen zwar das Ausschalten der Handys anordnen, nicht aber das Mitbringen generell verbieten“, sagt Anwalt Andreas Zoller. Die Schule hat nicht das Recht, die Kommunikation zwischen Eltern und Schülern vor und nach dem Schulbesuch einzuschränken.

Rückgabe nach der Stunde

„Wenn das Handy nicht mehr stören kann – spätestens zum Ende des Unterrichtstages –, muss es zurückgegeben werden“, sagt Anwalt Zoller. Alles andere sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Eigentums- und Besitzrechte. Ob das eingezogene Handy an den Schüler oder seine Eltern ausgehändigt wird, ist eine pädagogische Frage. Das Einziehen ist ein erzieherisches Mittel, also sollte es vom Einzelfall abhängen. Die Schulordnung darf keine bestimmten Aufbewahrungszeiten oder gar Bußgelder vorschreiben. Abschreckende Formalitäten, wie etwa „Handyherausgabe nur auf schriftlichen Antrag der Erziehungsberechtigten“, darf die Schulleitung auch nicht eigenmächtig festlegen.

Spickzettel und Täuschungsversuch

Handys eignen sich bestens als Spickzettel. Schüler, die Lösungen während einer Klausur googeln, begehen einen Täuschungsversuch. Die Prüfung oder mindestens einen Teil davon bewertet der Lehrer dann mit der Note 6.

„Die Schule ist aber immer in der Beweislast“, sagt Anwältin Simone Pietsch. Formulierungen in der Schulordnung wie „Auch das ausgeschaltete Handy in der Schultasche gilt als Täuschungsversuch“ ändern daran nichts.

Eines darf die Schule aber durchaus verlangen: dass die Mobilfunktelefone sämtlicher Schüler während einer Klassenarbeit auf dem Lehrerpult liegen.

Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 5. Dezember 2006

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 20.9.2007 entschieden, dass nationale Vorschriften der Richtlinie 76/207/EWG vom 9.2.1976 entgegenstehen, die einer schwangeren Arbeitnehmerin die Möglichkeit versagen, den Zeitraum ihres Erziehungsurlaubs zur Inanspruchnahme der Mutterschutzfristen zu unterbrechen. Durch das Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10.9.2012 (BGBl. I,

S. 1878) wurde § 16 Abs. 3 BEEG nunmehr so gefasst, dass dessen Wortlaut der o. a. Richtlinie nicht mehr entgegensteht und Elternzeit zur Inanspruchnahme der Mutterschutzfristen ohne Zustimmung des Arbeitgebers unterbrochen werden kann. Gemäß § 6 Abs. 1 der Mutterschutz- und Elternzeitverordnung des Bundes vom 12.2.2009 (BGBl. I S. 320) findet unter anderem § 16 Abs. 3 des BEEG auf die Beamtinnen

des Bundes Anwendung. Gemäß § 82 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes sind die für die Beamtinnen und Beamten des Bundes jeweils geltenden Vorschriften zum Mutterschutz und zur Elternzeit für die Beamtinnen und Beamten des Landes Sachsen-Anhalt anzuwenden. Somit gilt § 16 Abs. 3 Satz 3 BEEG in der aktuellen Fassung auch für die Beamtinnen in Sachsen-Anhalt.

Verbands-Kreditkarte

Der Philologenverband Sachsen-Anhalt hat seine Dienstleistungen ausgeweitet und bietet nunmehr seinen Mitgliedern und deren Angehörigen eine MasterCard Gold an, für die dauerhaft keine Jahresgebühr erhoben wird und die zahlreiche besondere Vorteile bietet, die man andernorts in dieser Form kaum finden dürfte.

Alle Mitglieder des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt und deren Angehörige können mit der neuen Verbands-Kreditkarte ab sofort weltweit bargeldlos und ohne Gebühren bezahlen. Neben dem Wegfall der



vielfach üblichen Auslandszuschläge gibt es zahlreiche weitere Nutzungsvorteile, insbesondere durch nicht unbeträchtliche Rabatte beim Kauf von Neuwagen (www.verband-auto.de), durch überdurchschnittliche Rabatte für Buchungen von Reisen (5 Prozent) und durch

kostenfreie Versicherungen, z.B. Reiserücktritts-, Reiseausfall-, Reiserücktransport-, Auslandskrankenversicherung-, Diebstahlversicherung für mit der Karte bezahlte Reisen. Das sind jedoch nur einige Vorteile neben vielen anderen, die die Nutzung dieser Kreditkarte durch jedes Mitglied und dessen Angehörige rechtfertigen dürften.

Antragsformulare für diese Verbands-Kreditkarte können in dem Mitgliedern vorbehaltenen Bereich unserer Homepage <http://www.phvsa.de/index.php> abgerufen werden. Sie sind zudem in der Geschäfts-

stelle des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt erhältlich. Die die Verbandskreditkarte betreffenden Informationen sind allen Besuchern unserer Homepage zugänglich. Dort sind die Vorteile und Möglichkeiten der MasterCard Gold erläutert und die allgemeinen Geschäftsbedingungen dargestellt.

Wichtige Hinweise: Umstellung auf Chipkarte

Die Umstellung der bereits ausgegebenen Verbandskreditkarten auf eine Karte mit Magnetstreifen und Chip (Hybridkarte) ist jetzt im ersten Quartal 2012 beabsichtigt. Das Thema Chipkarte gewinnt deshalb an Bedeutung, da viele Händler bereits Geräte haben, die eine Eingabe des PINs bei der Zahlung verlangen. Alle Geräte in Deutschland bieten zwar auch die Möglichkeit, die Autorisierung mittels Magnetstreifen vorzunehmen, aber in einigen Ländern kann nur noch mittels Chipkarte und Eingabe der PIN die Autorisierung vorgenommen werden.

Welche Vorteile bietet die Eingabe der PIN?

Der Chip ist ein wirksamer Schutz der gespeicherten Daten gegen eine Duplizierung oder gar Veränderungen. Die PIN ist im Chip enthalten, kann nicht herausgelesen werden. Grundsätzlich bietet die neue Technologie zwei Verfahrensweisen:

Das Offline Verfahren

Bei der Transaktionsbezahlung im Geschäft werden PIN und Kartendaten und die Höhe des Verfügungsrahmens ohne bestehende Online-Verbindung vom POS Terminal direkt aus dem Chip ausgelesen. Wenn die PIN/Kartendaten korrekt sind, wird die Transaktionssumme direkt mit dem auf dem Chip gespeicherten Verfügungsrahmen verrechnet. Es ist also bei einer Offline-Verbindung nicht erforderlich, die Kartendaten/PIN bei der Bank/dem Prozessor zusammen mit den Transaktionsdaten sofort zu übermitteln. Am Terminal ist dann zu lesen „Autorisierung erfolgt“ und nicht wie bislang

„Zahlung erfolgt“. Die Transaktionsdaten werden dann zu einem späteren Zeitpunkt gesammelt an die Bank/den Prozessor geschickt.

Das Online Verfahren

Ist das Geschäft online mit der Bank/dem Prozessor verbunden, wird lediglich überprüft, ob die Karte gültig ist, ob der Verfügungsrahmen ausreicht und dann wird die Zahlungsfreigabe gesendet. Der Verfügungsrahmen auf dem Chip wird entsprechend geändert. Hier erfolgt dann beim Händler ein Ausdruck „Zahlung erfolgt“. Die Transaktionsdaten sind bereits bei der Bank/dem Prozessor erfasst.

Anfragen zu dieser Kreditkarte sowie deren Nutzungsvorteile richten Sie bitte ausschließlich an unseren Kooperationspartner John Kames unter john.kames@t-online.de, Tel. 06081/687286

WISSENSWERTES – INTERESSANTES – INFORMATIVES

Wir über Schüler; Schüler über sich – Wir brauchen die Stimme aus der Schule

Mit Begeisterung für die Mathematik durch die Adventszeit – Am Gymnasium Stadtfeld in Wernigerode nehmen Schüler am mathematischen Adventskalender der DMV teil

Von Thomas Gyöngyösi

Befragt man Schüler nach dem Unterrichtsfach, in dem sie vor den meisten Herausforderungen stehen, so platziert sich die Mathematik meist sehr weit vorn. Dass Mathematik aber auch Freude machen kann, zeigt der Mathematik-Adventskalender, der als außer- und innerschulisches Angebot eine der vielfältigen Möglichkeiten darstellt, die Schüler spielerisch für die Mathematik zu begeistern und deren Vielseitigkeit vorzustellen.

Auf genau dieser Idee baute die Deutsche Mathematik-Vereinigung (DMV) im Jahr 2008 auf, nachdem es bereits seit 2003 den digitalen Adventskalender des DFG-Forschungszentrums MATHEON für talentierte Oberstufenschüler gab, und entwickelte einen mathematischen Adventskalender für die Jahrgangsstufen 5 bis 7, da bei Schülern bereits sehr früh die Entscheidung „für oder gegen“ die Mathematik erfolgt. Im Jahr 2010 wurde die Jahrgangslücke geschlossen, sodass

es seit nunmehr zwei Jahren drei Mathematik-Adventskalender gibt: einen für die Klassen 4 – 6, einen für die Klassen 7 – 9 und einen für die gymnasiale Oberstufe.

Die in den Adventskalendern gestellten Aufgaben stammen dabei aus dem Bereich der angewandten Mathematik und veranschaulichen den Schülern spielerisch die vielfältigen Anwendungsgebiete der Mathematik. Dabei werden die Aufgaben dem Kompetenzanspruch der Mathematik in mehrerer Hinsicht gerecht: Da

WISSENSWERTES – INTERESSANTES – INFORMATIVES

die Lösungsstruktur in den meisten Aufgaben nicht offensichtlich ist, müssen die Schüler strategisch an die Lösung der Aufgabe herangehen, sodass die Kompetenz „Probleme mathematisch lösen“ gefördert und gefordert wird. Ebenso wichtig erscheint es aber auch, die Kompetenz des Kommunizierens über Mathematik weiter zu entwickeln. Dabei ist es unbedingt erwünscht, sich im Klassenverband über die Aufgaben auszutauschen, wenn nicht nur der reine Lösungsaustausch im Fokus steht und Ziel der Diskussion ist. Im Austausch über die Lösungsstrategien wird nebenbei auch noch Freude für das Fach vermittelt, da es Spaß macht, wenn man mit anderen kommuniziert.

Umso erfreulich ist es dann, wenn die Begeisterung einer Lehrkraft für das Fach Mathematik auf einen Teil der Schüler oder gar die gesamte Klasse überspringt. Ebenso positiv ist aber auch, dass im vergangenen Jahr bundesweit bereits mehr als 120.000 Schüler – davon mehr als die Hälfte Mädchen – am mathematischen Adventskalender teilnahmen. Auch am Gymnasium Stadtfeld in Wernigerode wurde der Wettbewerb sehr positiv angenommen, sodass als Ergebnis festgehalten werden kann, dass viele Schüler als Einzelspieler und sogar drei komplette Klassen am mathematischen Adventskalender teilnehmen und auf einen der begehrten Preise hoffen. Neben den Einzelpersonen und den besten Klassen werden auch die beste engagierteste Schule prä-

miert. Unabhängig davon gibt es für jeden teilnehmenden Schüler bzw. jede Klasse eine Urkunde, welche die erreichte Punktzahl und die Erfüllungsquote ausweist. Dabei ist der Mathekalender für alle



Schüler einer fünften Klasse besprechen gemeinsam die Aufgabe des Tages am interaktiven Whiteboard.

Mitspieler kostenlos und lässt sich auf einfache Weise in den Unterricht integrieren. Insofern man in seiner Bildungseinrichtung die Möglichkeit hat, kann man die Registrierung bzw. die Abgabe der Antwort entweder gemeinsam mit den Schülern in der Schule durchführen oder jeder Schüler gibt seine Lösung zu Hause in den Computer ein. Die vom 1. bis 24. Dezember bis 7 Uhr eingestellten Aufgaben können unabhängig von der Wahl der Durchführung somit problemlos in den Unterricht integriert werden, z. B. als Teil der „Täglichen Übung“ oder als „Aufgabe des Tages“. Noch vor Wettbewerbsbeginn empfiehlt es sich, die Aufgaben der vergangenen Jahre als Übungsaufgaben zu trainieren. Dabei ist es als Lehrkraft immer wieder schön zu beobachten, wie die

Schüler einer Klasse miteinander kooperieren. Wurde am Anfang des Wettbewerbs natürlicherweise der Hauptpreis als Ziel genannt, so ist immer mehr zu erkennen, dass es nunmehr um die Lösung der Tagesaufgaben geht und der Hauptpreis zunehmend in den Hintergrund rückt. Ebenso interessant ist es aber auch, dass es nicht nur Jungen sind, die sich mit den mathematischen Fragestellungen auseinandersetzen. Demzufolge ist der mathematische Adventskalender in doppelter Hinsicht wirksam: Zum einen hilft er bei der Fundierung von mathematischen Grundkenntnissen, zum anderen begeistert er aber auch bislang zu wenig entschlossene Schüler für mathematische Frage-

stellungen, was gerade mit Hinblick auf den zu erwartenden Fachkräftemangel im MINT-Bereich gut ist. Übrigens: Am Mathekalender kann jeder interessierte Schüler auch unabhängig vom Gewinnspiel teilnehmen. Aber auch alle anderen Interessierten können sich über einen „Spaß-Account“ an den Aufgaben probieren.

Tipp: Der mathematische Adventskalender für die Klassen 5 – 9 ist zu finden unter: www.mathe-im-advent.de. Den digitalen Mathekalender des DFG-Forschungszentrums MATHEON findet man auf der Web-seite: www.mathekalender.de. Weitere Informationen zu den vielfältigen Aktivitäten der DMV gibt es unter: www.dmv.mathematik.de

Aus der Welt der Bildung

„Bertelsmann-Studie über Bildungsverläufe ist wertlos“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat die jüngste Bildungsstudie der Bertelsmann-Stiftung als „höchst tendenziös und völlig wertlos“ attackiert und die Kultusminister der 16 deutschen Länder aufgefordert, eigene Erhebungen vorzulegen und sich nicht von höchst einseitigen Statistiken privater Stiftungen beeindrucken zu lassen. Der Verband kritisiert auch, dass Bertelsmann diese Studie von Leuten hat erstellen lassen, die mit der Gemeinschaftsschule dezidiert die Ideologie der Einheitsschule vertreten. Dies gilt insbesondere für die Leiterin der Studie, Professorin Gabriele Beltenberg.

Nach Einschätzung des DL gefalle sich die Bertelsmann-Stiftung offenbar in Krisenszenarien, wenn sie jetzt von deutschlandweit 50.000 Bildungsabsteigern und 23.000 Bildungsaufsteigern spreche. Damit aber ignoriere die Stiftung, so DL-Präsident Josef Kraus, in skandalöser Weise, dass es laut Statistischem Bundesamt zuletzt in Deutschland (Stand: 2011) neben 324.711 Studierberechtigten aus allgemein bildenden Schulen über 181.319 Studierberechtigte gab, die ihre allgemeine bzw. fachgebundene oder ihre Fachhochschulreife über die beruflichen Schulen

erwarben. Diese Möglichkeiten der vertikalen und sozialen Durchlässigkeit im deutschen Bildungswesen seien weltweit einmalig, sie passten offenbar aber nicht in das bildungspolitische Gedankengebäude von Bertelsmann.

DL-Präsident Kraus attackiert die Bertelsmann-Stiftung auch wegen der Doppelbödigkeit ihrer Politik. Kraus wörtlich: „Hinter der sich bildungsbeflissenen gebenden Bertelsmann-Stiftung steht ein Konzern, der sich als Hauptanteilseigner bestimmter privater Fernsehsender nicht gerade als Förderer von Bildung profiliert.“

Philologenverband zu den Nationalen Bildungsstandards Skepsis gegenüber den neuen Bildungsstandards

„Ob die neuen Bildungsstandards in Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch der Kultusministerministerkonferenz tatsächlich Qualität und Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland verbessern werden, wird sich noch erweisen müssen. Eine wirkliche Vergleichbarkeit von Abiturprüfungen kann nur dann erzielt werden, wenn sich alle Bundesländer auch an die Vereinbarungen halten und die formalen abschlussbezogenen Bildungsstandards durch inhaltlich ausgerichtete anspruchsvolle Lehrpläne und Curricula ergänzt werden,“ betonte Malte Blümke, Landesvorsitzender des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz. Eine ausschließliche Ausrichtung des Abiturs und des Unterrichts

in der gymnasialen Oberstufe an den Kompetenzen und eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner bei den Leistungsanforderungen würde eher im Gegenteil das deutsche Abitur schwächen.

So haben Untersuchungen von Professor Dr. Klein, Frankfurt, gezeigt, dass Schüler der neunten und elften Klasse ohne Mühe kompetenzorientierte Abituraufgaben lösen konnten.

„Rheinland-Pfalz darf das hohe Niveau seines Abiturs, das seit Jahren durch verbindliche Lehrpläne, genaue Abiturvorgaben und zentrale Abiturauswahlkommissionen garantiert wird, nicht aufgeben.

Dazu brauchen wir kein sogenanntes Zentralabitur, das ohnehin nur

maximal 20 Prozent der Abiturleistungen ausmacht. Auch ein Bundeszentralabitur wird es aufgrund der föderalen Struktur Deutschlands nicht geben“, ist sich der Philologenverbandschef sicher.

„Allerdings begrüßen wir nachdrücklich alle Anstrengungen, die Bildungsstandards in den Lehrplänen und Curricula der Bundesländer verbindlich zu verankern und anspruchsvolle Abituraufgabenstellungen zu erarbeiten, die tatsächlich gewährleisten, dass die inhaltlichen Leistungsanforderungen zwischen den Bundesländern und zwischen den Gymnasien und den anderen Schularten, die Abiturprüfungen vornehmen, vergleichbar sind“, so Blümke abschließend.

„Bestnoteninflation ist letztendlich leistungs- und studentenfeindlich!“

Als leistungsfeindlich und nur scheinbar studentenfreundlich hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, die vom Wissenschaftsrat dokumentierte Inflation von Bestnoten bei Examensabschlüssen an deutschen Hochschulen kritisiert. „Es ist ein Zeichen hochgradigen Versa-

gens der Fakultäten und Hochschulleitungen, dass sie trotz der bereits für 2001 und für 2005 festgestellten Aufweichung von Leistungskriterien in keiner Weise gegengesteuert haben. Wenn 80 Prozent aller Examensarbeiten mit den Bestnoten 1 und 2 bewertet werden, in einzelnen Fächern sogar die Eins die Regelno-

te ist, dann kann von differenzierter Notengebung keine Rede mehr sein! Die eigentlich Leidtragenden sind die guten, leistungsstarken Absolventen, deren Leistungsvorsprung dadurch kaum mehr deutlich wird!“, betonte Meidinger.

Der Verbandschef wandte sich auch gegen die These, wegen der star-

ken Selektion in den unteren Semestern blieben eben nur die Besten übrig. In den Fächern Biologie und Jura seien die Studienabbruchsquoten fast gleich hoch, trotzdem zählten die Rechtswissenschaften zu den wenigen Fächern mit differenzierter Notengebung, während in Biologie die Eins dabei sei, zur Regelnote zu werden.

Er wies darauf hin: "Die Folgewirkung dieser Bestnoteninflation besteht nicht nur in einer zunehmenden Entwertung von Abschlussnoten, sondern auch darin, dass Arbeitgeber bei der Einstellung auf andere Kriterien ausweichen: persönliche Empfehlungen und Beziehungen, Selbstdarstellungsvermögen oder Auslandsaufenthalte, die sich vor allem Studenten vermögender Eltern leisten

können. Mehr Bildungsgerechtigkeit entsteht dadurch nicht!"

Die Gründe für diese Entwicklung, so Meidinger, seien vielfältig. Zum einen gebe es durchaus den verdeckten Kuhhandel "Gute Noten des Professors gegen gute Bewertung seiner Lehrveranstaltung", zum anderen fänden sich gerade in den geisteswissenschaftlichen Fächern eine Reihe von Dozenten, die dadurch ihre grundsätzliche Ablehnung jeglicher Notenvergabe beweisen wollten. Außerdem habe der Bologna-Prozess zu einer Konkurrenz der Bachelorstudiengänge untereinander um die besten Abschlussnoten geführt, da Studenten für die Zulassung zum Masterstudiengang auf gute Noten beim Bachelor angewiesen seien. Meidinger mahnte eine grundsätzliche

Reform des Prüfungssystems an den Hochschulen an: "Man müsste in viel stärkerem Maße die Hauptverantwortung für die Notenvergabe dem betreuenden Dozenten entreißen und Zweitkorrekturen durch Fachkollegen vorsehen, die den Prüfling nicht kennen."

Selbstkritisch merkte der DPHV-Vorsitzende an, dass die Tendenz zu immer besseren Noten auch vor den Schulen nicht Halt gemacht habe, wie sich an den in vielen Ländern ständig besser werdenden Abiturschnitten zeige: "Wenn dahinter bessere Leistungen stünden, wäre es ja in Ordnung, aber in mehreren Bundesländern wurden nur die Regularien der Notenerhebung so geändert, dass bessere Schnitte herauskommen. Auch damit tut man den Schülern keinen Gefallen!"

Grundschüler im Süden rechnen und lesen besser

Bayerns Grundschüler können am besten lesen, rechnen und zuhören - und daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen. Das zeigt der erste rein innerdeutsche Leistungsvergleich von Grundschulen, den die Kultusministerkonferenz (KMK) in Auftrag gegeben hatte. In allen drei getesteten Disziplinen - Lesen, Zuhören, Mathematik - dominieren in der Spitzengruppe überwiegend Länder aus dem Süden Deutschlands. Danach folgt im Leistungsranking ein sehr breites Mittelfeld mit geringen Punktunterschieden. Erhebliche Probleme in allen Bereichen haben dagegen die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Für den Vergleich wurden im vergangenen Jahr mehr als 30.000 Viertklässler an über 1300 Grund- und Förderschulen getestet. Anders als bei den internationalen Schulleistungsstudien PISA, IGLU und TIMSS wurden die Testaufgaben für den nationalen Vergleich allein aus den von den Kultusministern verabredeten neuen bundesweiten

Bildungsstandards entwickelt. Sie beschreiben, was ein Schüler am Ende der jeweiligen Jahrgangsstufe können soll.

Beim Lesen liegen in der Spitzengruppe Bayern (515 Punkte), Sachsen (513), Sachsen-Anhalt (511) und Thüringen (510) dicht beieinander.



Die Schlusslichter Hamburg (478), Berlin (467) und Bremen (463) liegen dagegen deutlich unter dem Bundesschnitt von 500 Punkten. Rund 60 Punkte entsprechen dem Lernfortschritt von einem Schuljahr.

Bayern auch in Mathe Spitze
In der Mathematik bilden Bayern

(519), Sachsen und Sachsen-Anhalt (beide 517) sowie Baden-Württemberg (512) die Spitzengruppe. Klar unter dem Mittelwert von 500 Punkten liegen dagegen Brandenburg (491) Schleswig-Holstein (487) und Hessen (484) sowie - mit großem Abstand - die Stadtstaaten Hamburg (470) Bremen (452) und Berlin (451).

Getestet wurde auch, wie gut Schüler aus Gehörtem Informationen ziehen können. Nur Bayern erzielt dort Werte, die deutlich oberhalb des Mittelwertes liegen.

Mädchen besser in Rechtschreibung

Die Untersuchung bestätigt frühere Erkenntnisse, dass Jungen besser rechnen, die Mädchen

dagegen besser lesen und schreiben können. Dies wird besonders bei der Rechtschreibung deutlich. Dort sind die Mädchen den Jungen im Schnitt um 32 Punkte voraus - was dem Lernfortschritt von einem halben Schuljahr entspricht.

www.t-online.de

Philologenverband besorgt über Bildungschancen von Grundschulern in den Stadtstaaten

Als die eigentlich bedeutsame Nachricht beim IQB-Ländervergleich wertete der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, nicht das Bundesländerranking, sondern die Tatsache, dass in Bremen und Berlin über 20 Prozent der Grundschüler nicht einmal den Mindeststandard im Lesen erreichen und dort auch nur jeweils die Hälfte der Viertklässler Mathematikkenntnisse besitzt, die dem Regelstandard entsprechen.

„Dieses Armutzeugnis kann man auch nicht damit entschuldigen, dass in den Stadtstaaten der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund

besonders hoch ist, wenn man weiß, dass dieselbe Bevölkerungsgruppe in anderen Bundesländern deutlich bessere Ergebnisse erzielt. Hier ist eine offene und ehrliche Ursachen-suche angesagt, da die weiteren Bildungs- und Lebenschancen dieser leistungsschwachen 10-Jährigen massiv beeinträchtigt sind!“, sagte Meidinger.

Der DPhV-Vorsitzende verwies in diesem Zusammenhang auf eine kürzlich veröffentlichte Studie der FU Berlin, wonach sich die Leistungen der Berliner Grundschüler seit Einführung des jahrgangsübergreifenden Lernens und der Frühein-

schulungen massiv verschlechtert hätten.

Mit Besorgnis reagierte der Verbandschef auch auf die signifikant hohen Unterschiede bei den Rechtschreibfähigkeiten zwischen Jungen und Mädchen. Da diese Unterschiede nicht auf den Unterricht oder familiäre Umstände zurückgeführt werden könnten, bleibe als Erklärungsursache nur die Tatsache, dass Jungen in ihrer Freizeit deutlich weniger lesen als Mädchen. Meidinger regte deshalb ein bundesweites Leseförderungsprogramm für Jungen an, in das auch die Eltern eng einbezogen werden sollten.

„Latein ist kein elitäres Fach mehr“

(jg). Eine Fremdsprache, die fast niemand spricht, für die man viel Zeit und Nerven braucht und an die sich viele Erwachsene mit Grausen erinnern, wenn sie an ihren eigenen Unterricht denken – Karl-Wilhelm Weeber kennt die Klagen der Lateingegner nur allzu gut. Der Altphilologe ist überzeugt, dass er die besseren Argumente auf seiner Seite hat, und sieht das Schulfach Latein im Aufwind.

Latein gilt als Paukfach, in dem viel gelernt werden muss und Schülergenerationen sich mit der Analyse grammatischer Konstruktionen quälen mussten. Ist das heute noch so?

Viel mehr als früher wird auf die Inhalte der Texte Wert gelegt, die die Schüler lesen. Es wird also nicht nur übersetzt, sondern die Texte werden auch interpretiert und diskutiert, weil sie nur so zu verstehen sind. Außerdem geht es in den Geschichten stärker als einst um das alltägliche Leben der kleinen Leute und nicht nur um die Oberschicht. Die Texte werden also nicht nur für grammatische Exerzitien missbraucht. Zudem wird die Motivation der Schüler heute wichtiger genommen. Dazu tragen auch die Schulbücher bei, die früher weniger schülernah gestaltet waren. Außerdem hat sich auch die Rolle des Lehrers geändert. Der Grammatik-Unterricht bleibt wichtig! Aber die Schüler sollen Regeln selber entdecken und ihren eigenen Vermutungen nachgehen. Dabei kommt mehr Partner- und Gruppenarbeit zum Zuge. Das Fach



Kinder besuchen eine römische Ausgrabungsstätte. Das Fach Latein und seine Methodik sind schülerorientierter denn je.

und seine Methodik sind bedeutend schülerorientierter geworden.

Latein gilt als tote Sprache. Ist es nicht gerade angesichts der Verkürzung der Schulzeit und des damit verbundenen wachsenden Leistungsdrucks immer schwerer, Schüler zu finden?

Im Gegenteil, es haben noch nie so viele Schüler wie heute Latein

gelernt, da immer mehr Jungen und Mädchen auf das Gymnasium gehen. Selbst auf der Gesamtschule hat man inzwischen das Fach entdeckt. Das Interesse an der antiken Kultur, die im Lateinunterricht eine wichtige Rolle spielt, wächst, um die Entwicklung Europas besser verstehen zu können. Obwohl jeder negative Geschichten über den Lateinun-



Die Lektürereihe „Libellus“ aus dem Ernst Klett Verlag umfasst Themen und Autorenhefte. Zuletzt erschienen ist „Die Kunst der Rede“ mit Originaltexten und Unterrichtsmaterialien zum Thema Rhetorik. Weitere Informationen finden Sie unter: www.klett.de/titelfamilie/libellus.

terrichtet kennt, genießt er dennoch ein hohes Ansehen – Latein gehört für viele Menschen einfach zu einer höheren Bildung dazu. Und zwar zunehmend auch bei denjenigen, die selber kein Abitur haben. Gerade Migrantenkinder können von ihm profitieren, weil das Sprechen über Sprache und über grammatische Strukturen das Lernen von Fremdsprachen allgemein erleichtert und das Übersetzen die Ausdrucksfähigkeit im Deutschen erhöht. Da der Deutschunterricht sich tendenziell eher aus der Vermittlung der Grammatik zurückzieht, kommt Latein in dieser Hinsicht eine wachsende Bedeutung zu.

Haben altsprachliche Gymnasien, an denen man Latein als erste Fremdsprache lernt, nicht dadurch Probleme, dass schon an der Grundschule Englisch auf dem Stundenplan steht und Kinder, die in der 5. Klasse mit Latein beginnen, ein Jahr kein Englisch mehr haben?

Es wäre falsch, Englisch für ein Jahr zu unterbrechen, und das wird auch nicht gemacht – es gibt in der 5. Klasse zusätzliche Angebote für Englisch. In der Regel wird Latein aber als zweite Fremdsprache gewählt. Dabei merken wir, dass der vorgezogene Beginn der zweiten Fremdsprache ab der 6. Klasse – als Folge der Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre – viele Schüler vor gestiegene Ansprüche stellt.

Früher wurde für den Lateinunterricht gerade bei Jungen geworben. Liegt ihnen Latein eher als Mädchen?

Das kann man nicht sagen. Jungen wurden einst damit gelockt, dass man bei ihnen eher Interes-

se an Geschichten über das Militär vermutete. Heute wird Cäsar ideologiekritischer gelesen – es geht nicht um die Bewunderung seiner militärischen Leistungen, sondern darum, zu erkennen, wie er versucht, mit Sprache zu beeindrucken und zu manipulieren. Die Inhalte des Unterrichts sprechen heute beide Geschlechter gleich an.

Ein Argument für den Latein-Unterricht war lange, dass es die Grundlage für das Studium vieler Fächer ist. Gibt es da durch die Einführung des Bachelor- und Masterstudiums Veränderungen?

Ich habe von diesem Argument noch nie viel gehalten. Es wird gerne gebraucht, weil man so glaubt, am besten Menschen von Latein überzeugen zu können – dabei gibt es viel wichtigere Gründe. Für mich ist derzeit keine klare Linie zu sehen, ob Lateinkenntnisse durch die neuen Studienabschlüsse wichtiger oder weniger wichtig geworden sind. Wer Latein allerdings fürs Studium wirklich braucht, der sollte es tatsächlich lieber in der Schule lernen. Ich leite an der Uni Lateinkurse und erlebe es immer wieder, wie mühselig Latein gerade für angehende Geisteswissenschaftler und Theologen ist. Sie ächzen darunter und müssen ihre eigenen Fächer vernachlässigen. In diesen Lateinkursen gibt es eine hohe Abbrecherquote.

Wie sehen Sie letztlich die Zukunft des Lateinunterrichts?

Ich hoffe natürlich auf eine weiter wachsende Akzeptanz und sehe dafür gute Grundlagen. Im Gegensatz zu vielen anderen Fächern musste Latein schon in den 70er und 80er Jahren seine Daseinsberechtigung nachweisen. Diese Diskussion

über Latein hat dazu geführt, dass neue Curricula entwickelt wurden, sich viele Lehrer Gedanken gemacht haben und ihr Verhalten reflektieren. Das ist auch die Aufgabe der Lehrerbildung. Der eigene Lateinunterricht prägt die Studierenden – was man selber erfahren hat, hält man zunächst für normal.

Auch die Motivation vieler Studierender hat sich verändert. Früher gab es manchmal die begnadete Lehrerpersönlichkeit, die sich stark mit dem Fach identifizierte und trotz ihres hohen Wortanteils durchaus die Schüler begeistern konnte. Heute wird Latein oft als Studienfach gewählt, weil es als Mangelfach gilt und man sich später gute Chancen auf eine Stelle ausrechnet – was legitim und im Sinne der Unterrichtsversorgung zu begrüßen ist. Bei vielen Lateinlehrkräften ist ein deutlich überdurchschnittliches pädagogisches und fachliches Engagement festzustellen.

Es gibt natürlich immer noch Mängel. So ist mancher Übersetzungsunterricht grottenschlecht, da wird nach der Bedeutung der Vokabeln und nicht nach dem Sinn übersetzt. Aber es ist deutlich besser geworden. Entscheidend ist, dass Latein heute kein elitäres Fach mehr ist. Wir haben übertriebene Ansprüche aufgegeben. «

Quelle: Klett Themendienst Nr. 55/2011

Zur Person

Karl-Wilhelm Weeber (61) war zehn Jahre Leiter des Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasiums Wuppertal. Der Honorarprofessor für Alte Geschichte an der Universität Wuppertal und Lehrbeauftragte für Didaktik der Alten Sprachen an der Universität Bochum ist Autor zahlreicher Bücher, wie z. B. „Alltag im Alten Rom. Ein Lexikon“, „Mit dem Latein am Ende? Tradition mit Perspektiven“, „Romdeutsch. Warum wir alle lateinisch reden, ohne es zu wissen“ oder „Rom sei Dank! Warum wir alle Caesars Erben sind“.

Lektüre-Tipp

Sammelband zur „Jungen-Pädagogik“ setzt neue Akzente in der genderpädagogischen Fachliteratur



Doro Thea Chwalek und Miguel Diaz :
„Jungen - Pädagogik“
Springer-Verlag
171 Seiten
29,95 Euro
ISBN 978-3-531-18416-6

Doro-Thea Chwalek und Miguel Diaz vom Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V. geben gemeinsam mit Dr. Susann Fegter von der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt und Dr. Ulrike Graff von der Universität Bielefeld als Herausgeberinnen wichtige Impulse für den genderpädagogischen Fachdiskurs. Der Sammelband „Jungen - Pädagogik: Praxis und Theorie von Genderpädagogik“ bietet aktuelle wissenschaftliche sowie aus vielfältigen Praxisfeldern gewonnene Erkenntnisse. Die Verbindung von Theorie und Praxis setzt neue Akzente für die Fundierung geschlechtsbezogener Gestaltung mit Blick auf die Jungen - sei es in schulischer oder außerschulischer Bildung. Seit 2005 hat das Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit mit der Etablierung des Projektes NEUE WEGE FÜR JUNGS zur bundesweiten Vernetzung pädagogischer Fachkräf-

te beigetragen und mit Tagungen, Veröffentlichungen und eigener wissenschaftlicher Forschung eine prominente Position in der Debatte um Jungenarbeit und Jungenpädagogik eingenommen. Jungen und männlichen Heranwachsenden wird seit einigen Jahren im Kontext der Bildungsdebatte eine gesteigerte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Damit verbunden hat ein Perspektivwechsel stattgefunden: Jungen gelten in der medialen Berichterstattung und öffentlichen Diskussion mehrheitlich als gesellschaftliche Verlierer und gegenüber den Mädchen als benachteiligt. Mit Forschungsarbeiten, theoretisch-konzeptionellen Zugängen und der Darstellung konkreter Praxisprojekte greift die Veröffentlichung die Rede von „Jungen in der Krise“ auf, benennt die Gefahren verkürzter Sichtweisen und gibt Antworten auf die Frage, wie eine zukunftsweisende gute pädagogische Arbeit mit Jungen aussehen kann.

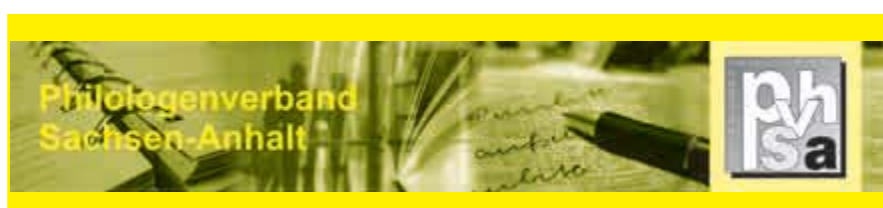
Aha-Erlebnisse für Mittelalter-Fans

Wer denkt, das Mittelalter sei sang- und klanglos verschwunden, ist auf dem Holzweg. Denn umgekehrt wird ein Schuh draus: Zwischen den Zeilen bleibt unsere Vergangenheit allgegenwärtig. Da brat mir einer einen Storch! Dem Mittelalter begegnet man überall, in Zeitungsartikeln, Bestseller-Romanen und E-Mails. Die Welt der Ritter, Minnesänger, Kaiser und Könige ist auch in unserer Zeit noch lebendig. Denn wer würde sich nicht lieber aus dem Staub machen, als Scherereien zu bekommen, oder war mit seinem Latein am Ende, weil der Computer über die Wupper gegangen war? Gerhard Wagner, der Burg-

vogt der Marksburg am Rhein, hat solche heute noch benutzte Redewendungen gesammelt und erläutert in diesem bibliophilen und reich illustrierten Buch kompetent deren Herkunft. Der Leser kann über das Register gezielt nachschlagen oder sich beim Schmökern auf die Bauernhöfe, Burgen und Turnierplätze des Mittelalters entführen lassen. Der Autor kennt das Mittelalter aus dem Effeff und erstaunt mit den überraschenden Zusammenhängen, die er aus dem Hut zieht. Seine Erklärungen haben Hand und Fuß, so dass die Welt der Redewendungen dem Leser nicht mehr spanisch vorkommt.



Gerhard Wagner
„Das geht auf keine Kuhhaut –
Redewendungen aus dem
Mittelalter“
Theiss-Verlag
160 Seiten
14,95 Euro
ISBN 978-3806224719



Warum kleiden sich Lehrer oft so merkwürdig?

Manche kommen im Schlapperpulli, andere im T-Shirt, fast alle in Jeans. Korrekte Kleidung gibt es nur im Rektorat.

Von Dorothea Friedrich

Nicht Polizist, nicht Pilot. Nicht Feuerwehrmann, nicht Arzt. Keine Kleidervorschriften. Lehrer sein heißt einen Beruf haben, für den es keine Uniform gibt. Jeder Lehrer erfindet heute seine eigene Uniform. Es bleibt ihm gar nichts anderes übrig. Weit und breit ist keine corporate identity in Sicht, die ihn von dieser Aufgabe erlösen könnte. Wer diesen Beruf ausübt, ist gezwungen, sich selbst zu

inszenieren. Wie im wirklichen Leben geht das nicht immer gut. Früher war es schönstens geregelt. Kostüm und Bluse, Anzug und Krawatte. Basta. Aber vorbei. Mit der antiautoritären Erziehung schlich sich der Dresscode-Stress ins Lehrerleben. „Was zieh' ich morgen an?“ fragen sich verzweifelnde Referendare und Referendarinnen, bevor sie den Initiationsritus der ersten Tage schmerzhaft durchlaufen, von der Schülerschaft

genauso argwöhnisch beäugt wie vom Kollegium.

Also holt man sich an der üblichen Stelle Rat, im Internet. Anrührend die Blogs zum Thema „Jeans oder Stoffhose?“ Er fahre schließlich mit dem Rad zur Arbeit, rechtfertigt ein Junglehrer sein konsequentes Jeans-Tragen. Ein anderer widerspricht: Er begegne frühmorgens Bankern, die auch mit dem Fahrrad führen - im Anzug.

Hawaiihemd und Clownskostüm

Banken kontra Schulen. Sind Kunden, denen die Gnade gepflegter Kleidung des Gegenübers klaglos gewährt wird, bessere Menschen als Schüler? Auch würde bestimmt kein Lehrer im Hawaiihemd um einen Kredit bitten. Aber es ist wohl komplizierter. Nachfragen bei Pädagogen ergeben folgendes Bild: Zwischen Lehrenden und Lernenden findet unablässig ein Kräftemessen statt, ein Ausloten von Nähe und Distanz. Den Eindruck von Kumpanei sucht der Lehrer zu vermeiden, den Eindruck, ein Wesen aus einer anderen Sphäre zu sein, aber auch.

Schüler, sagt eine Lehrerin, würden nach kurzer Gewöhnung nicht mehr wahrnehmen, was ein Lehrer trägt. „Käme einer im Clownskostüm, würde es nach einer Woche keiner mehr merken.“ Einstimmig bestreiten alle Befragten einen Zusammenhang zwischen der Kleidung eines Kollegen und dessen Ansehen bei den Schülern. Auch dann, wenn sie im selben Atemzug schwere Fälle merkwürdiger Kleidung bei der Arbeit beschreiben: ärmelloses T-Shirt zur Wanderhose. Knappe Jeans, die beim Bücken den Blick auf die Pospalte eröffnet, sei alles

schon vorgekommen. Darauf folgt prompt die glaubwürdige Beteuerung, die so etwas trügen, seien trotzdem hervorragende Lehrer gewesen, die sich eines guten Rufs erfreut hätten. Die jungen Referendare im Netz erinnern sich jedoch sehr genau und mit Abscheu an Lehrerinnen, deren Tangas ihnen in jeglicher Farbe und Form geläufig waren. Und manchmal dringt bis ins feixende Lehrerzimmer durch, dass Kolleginnen mit unrasierten Beinen von den Schülern darob mit sehr deutlichen Spott-Begriffen belegt werden.

Kritische Augenpaare überall

Henryk Pattensen, bis vor kurzem Lehrer an einer Wiesbadener Gesamtschule, hat sich ausführlich mit dem Bild des Lehrers in der Literatur befasst und erinnert an den verstörenden Roman „Die Klasse“ (1927) von Hermann Ungar, in dem die panische Angst des Lehrers Blau vor seinen Schülern eine zentrale Rolle spielt. So lässt ihn die Furcht vor dem Spott der Schüler über den womöglich schon glänzenden „Hosenboden und Stoff an den Ellbogen“ so paranoisch werden, dass er der Klasse niemals den Rücken zukehrt, die Ärmel nach innen verdreht und während des gesamten Unterrichts die Arme eng an den Kör-

per presst. Für Lehrkräfte, soweit sie Kleidungsfragen überhaupt reflektieren, ist es immens wichtig, bei der Entscheidung zugunsten einer bestimmten Garderobe die Kontrolle über das eigene Aussehen nicht zu verlieren. „Schick, aber geschützt“, nennt Pattensen ein mögliches Ergebnis solcher Überlegungen. In der Tat ist es eine Herausforderung für Lehrer, sich pausenlos von kritischen Augenpaaren beobachtet zu wissen.

Legere Kleidung mag auch darauf eine Trotzreaktion sein. Nicht nur ein Erbe der Siebziger, das diese Mischung aus vermeintlicher Coolness und dem Diktum „auf Augenhöhe“ mit

verursacht hat. Und es kommt auf die Schulform an. Eine Hauptschullehrerin berichtet vom teuren Kostüm einer Kollegin, das absichtlich mit Tinte bespritzt worden sei. Doch die Eltern weigerten sich, Schadensersatz zu leisten: Etwas so Teures ziehe man doch nicht in der Schule an! Und während die Schülerschaft „besseres“ Wohnviertel sich mit Markenklamotten zu übertrumpfen sucht, wetteifern Hauptschüler darin, die günstigsten Jeans der Stadt zu ergattern.

Eltern und Schülerschaft akzeptieren Anzug und Krawatte nur beim Schulleiter, nur mit dem streiten sie auch leise statt lautstark.

Messen Schüler und Lehrer sich bald gegenseitig das Dekolleté?

Dinge, auf die man nicht angesprochen wird, existieren nicht. Diese alte Illusion lebt auch im Schulalltag. Gesprochen wird über Kleidung kaum.

Die Verblüffung kommt mit der Abizeitung. Dort bekommen Lehrer und Lehrerinnen plötzlich Noten für ihr Outfit. Und das Prädikat „Partymaus“ erwischt dann die in den meisten Kollegien vorhandene „Barbie“, wie dieser Prototyp von Kollegen mehr oder weniger liebevoll genannt wird.

Häufiger bewahrheiten sich andere Klischees: der Sportlehrer im Trainingsanzug, der - allerdings selten werdende - Chemielehrer im weißen Kittel. Der Kunstlehrer mit der bunten Brille. Der Deutschlehrer im Sakko zu einer mit Bedacht gewählten Hose. Die ältere Lehrerin, die sich von ihrer Jugend nicht verabschieden mag - und die Kollegin mit dem Dekolleté.

In Wiesbaden wurde unlängst eine Lehrerin wegen Beleidigung verur-

teilt, weil sie den tiefen Ausschnitt einer beratungsresistenten Schülerin mit dem Bleistift ausgemessen hatte. Möglich, dass es auch vielen Schülern in den Fingern juckt, auf diese Weise beim weiblichen Lehrpersonal Hand anzulegen, denn Dekolletés der Lehrerinnen gelten zwar unisono bei allen Befragten als indiskutabel, kommen bei näherer Nachfrage aber überall vor. Ein unergründlicher Exhibitionismus.

Einfache Erklärungen gibt es nicht

Es gebe kaum eine so schlecht gekleidete Berufsgruppe wie die Lehrer, sagt eine Gymnasiallehrerin. Aber bei Elternabenden und Abschlussprüfungen wird plötzlich nachgelegt. Da wolle man als Autoritätsperson wahrgenommen werden, begründet eine Pädagogin das. Eine Autorität, die man der Klientel sonst nur in so etwas wie Tarnung zumuten zu können glaubt, gleichsam leise, um nicht gleich Sturm zu ernten? Bei mündlichen Prüfungen wähle man die Kleidung sorgfältiger, sagen die Lehrer, um den Jugendlichen das Besondere des Tages klarzumachen, als freundliche Ermunterung und Gratulation, dass sie es bis hierher geschafft haben. Also ein klares Indiz für pädagogische Empa-

thie und Interesse an den Schülern, ohne die erfolgreicher Unterricht nicht möglich ist.

Einfache Erklärungen gibt es bei diesem Thema nicht. Oder korrespondiert die laxer Handhabung des verleugneten Dresscodes doch mit dem umstrittenen Ansehen von Lehrern? Sabina Enzelberger beschreibt in ihrer „Sozialgeschichte des Lehrerberufs“ (2001), wie das Ansehen von Lehrern immer wieder auf der Kippe stand und steht und jahrhundertlang von ihnen erwartet wurde, sich zuerst um das Wohl der Schüler und dann um ihr eigenes zu kümmern. Selbstaufopferung tut dem Selbstwertgefühl nie gut.

Rheinabwärts auf der schönen Insel Nonnenwerth befragte Ursula Dillen-

burger ihre Abiturientenklasse nach ihrer Meinung. Eine Überraschung. Die jungen Leute sagen klipp und klar, sich bei nachlässig gekleideten Lehrern mehr herauszunehmen. An Sprachlehrer stellen sie durchweg höhere modische Ansprüche als an Naturwissenschaftler, der Anblick von Schweißflecken setzt selbst den besten Schüler schachmatt, und sie verabscheuen es, wenn ihnen nach einer Woche der ganze Kleiderschrank bekannt ist.

Lehrer zu sein, sagen sie, sei ein Beruf, und man solle es den Lehrern ansehen, dass sie in der Schule etwas anderes trügen als daheim auf dem Sofa.

faz.net, 04.11.2012

**Philologenverband
Sachsen-Anhalt**

parteilich unabhängig

**Interessenvertreter der
Lehrerschaft an Gymnasien**

**offen für alle, die sich zum
mehrgliedrigem Schulsystem
bekennen**

Fachgewerkschaft der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Sachsen-Anhalt

Die letzte Seite

1994 rief der damalige Generaldirektor der UNESCO, Federico Mayor, den 5. Oktober auf der internationalen Bildungskonferenz in Genf als Internationalen Tag des Lehrers ins Leben. Dieser Tag soll dazu dienen, das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern zu honorieren und die Bedeutung von Bildung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Gerade zur Weihnachtszeit lohnt es sich zu erfahren, was Prominente und weniger Prominente Freundliches über Lehrer zu sagen haben.



„Lehrer sind die Helden des Alltags.“
Horst Köhler,
ehemaliger
Bundespräsident

„Lehrer öffnen Türen – aber hineingehen
musst Du selbst.“
Chinesisches Sprichwort

„Ein guter
Lehrer gibt Dir
etwas mit nach
Hause, über das
Du neben den
Hausaufgaben
nachdenkst.“
Edith Ann
(Lily Tomlin),
Stand up-
Comedian



„Eine liberale Erziehung ist
das Herz einer zivilen Gesell-
schaft. Und das Herz einer
liberalen Erziehung ist die Art
und Weise des Lehrens.“
A. Bartlett Giamatti,
President der Yale University

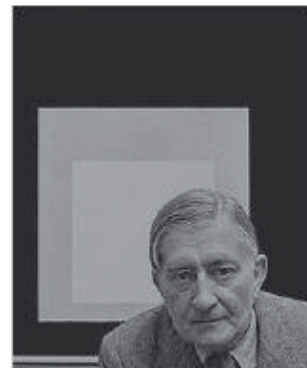


„Lehrer sind für mich die wichtigsten
Begleiter der Kinder auf ihren Lern-
wegen. So können zum Beispiel
Mathematiklehrkräfte dafür sor-
gen, dass Schülerinnen und Schüler
die Mathematik wirklich verstehen,
dass sie sich aktiv mit dem Fach
auseinandersetzen und den Sinn
der Mathematik erkennen. Dazu
greifen Lehrkräfte auf gut durch-
dachte und erprobte Unterrichtskonzepte zurück. Wir
Didaktiker erarbeiten solche Unterrichtskonzepte, zum
Beispiel im Projekt Kosima www.ko-si-ma.de.“
Prof. Dr. Susanne Prediger,
Technische Universität Dortmund Fakultät für Mathematik
Institut für Entwicklung und Erforschung des Mathematik-
unterrichts

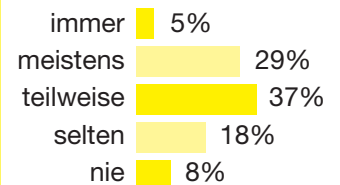


„In Finnland gelten Lehrer
als „Kerzen des Volkes“
(Kansankytilla) – sie
beleuchten Entwicklungs-
wege und wärmen dabei.“
Michael Felten,
Gymnasiallehrer in Köln und
pädagogischer Publizist,
www.eltern-lehrer-fragen.de

„Gutes Lehren stellt mehr
richtige Fragen, als es
richtige Antworten gibt.“
Josef Albers,
Künstler



„Lehrer sind für mich
Vorbild.“ (Ergebnis einer
Befragung 10. und 11.
Klassen der Berufsfach-
schulen)



„Lehrer
verhelfen
meiner Neu-
gier zu Flügeln.“
Jean-Lou
Koch, Berlin



Die erfolgreiche
Arbeit eines Lehr-
ers zeigt sich
dann, wenn er
sagen kann: „Die
Kinder arbeiten
jetzt als würde
ich gar nicht da
sein.“
Maria Montessori
Reformpädagogin

Quelle:
www.tag-des-lehrers.de

Der geschäftsführende Vorstand des PhVSA wünscht allen Mitgliedern des Verbandes und ihren Angehörigen besinnliche und erholsame Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr.

Die allerletzte Seite





Wir haben für jede Situation das Richtige für Sie

Kommen Sie zur HUK-COBURG. Ob für Ihr Auto, das Bausparen oder für mehr Rente: Hier stimmt der Preis. Sie erhalten ausgezeichnete Leistungen und einen kompletten Service für wenig Geld. Fragen Sie einfach! Wir beraten Sie gerne.

KUNDENDIENSTBÜROS

Claudia Pritschkat

Telefon 0345 8052208

Neustädter Passage 6, 06122 Halle

Dana Dammann

Telefon 0340 2203388

Kavalierstraße 17

06844 Dessau-Roßlau

Tobias Stade

Telefon 03471 314059

Bahnhofstraße 10, 06406 Bernburg

Ina Walther

Telefon 03445 203692

Postring 7, 06618 Naumburg

Hans-Jörg Agthe

Telefon 03475 603010

Lindenallee 9-10

06295 Lutherstadt Eisleben

Helgrid Grünhardt

Telefon 03441 711583

Altmarkt 4, 06712 Zeitz

Helgrid Grünhardt

Telefon 03443 234386

Nikolaistraße 48, 06667 Weißenfels

Marcel Schumacher

Telefon 0345 5222013

Trothaer Straße 64, 06118 Halle

Marcel Müller

Telefon 034441 392146

Lindenstraße 2

06679 Hohenmölsen

Camillo Kruck

Telefon 03493 9299232

Bismarckstraße 35, 06749 Bitterfeld

Christine Naumann

Telefon 03461 200864

Klobikauer Straße 1 D, 06217 Merseburg

Henry Kunth

Telefon 03464 2794918

Erfurter Straße 25, 06526 Sangerhausen

Tobias Stade

Telefon 03496 218420

Dr.-Krause-Straße 61/62, 06366 Köthen

Manfred Witzel

Telefon 03473 8408294

Weststraße 18, 06449 Aschersleben

Frank-Michael Liemich

Telefon 03491 402906

Mauerstraße 23

06886 Lutherstadt Wittenberg



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

WESTERMANN-

FIN.DE 

FACHZEITSCHRIFTEN IM NETZ

Zielgenau und zuverlässig

Hier finden Sie Materialien für
Ihre Unterrichtsvorbereitung
und die Aus- und Weiterbildung.

Arbeitsblätter, Unterrichtsreihen
und Fachbeiträge aus den
Westermann-Fachzeitschriften
als direkte Downloads – schnell
und zuverlässig in bewährter
Qualität.

www.westermann-fin.de

**Die Suchmaschine
für Ihren Unterricht**

...entdecke die Welt

westermann